



# **UNSER LANDKREIS. UNSERE VERANTWORTUNG. UNSERE ZUKUNFT.**

***KREISWAHLPROGRAMM 2026 – 2031  
FÜR MARBURG-BIEDENKOPF.***

***BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MARBURG-BIEDENKOPF***

Kommunalwahlprogramm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Marburg-Biedenkopf  
Beschlossen von der Kreismitgliederversammlung am 23. Oktober 2025.

**Vi.S.d.P.**

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Marburg-Biedenkopf

Gregor Hofmeyer

Frankfurter Straße 46, 35037 Marburg

Telefon: 06421 22606

# Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger im Landkreis Marburg-Biedenkopf,

am 15. März 2026 entscheiden Sie, wie sich unser Landkreis in den kommenden Jahren entwickelt. Wir GRÜNE bitten Sie um Ihre Stimme für eine Politik, die Verantwortung übernimmt – für Klima, soziale Gerechtigkeit und die Zukunft unserer Region.

Im Kreis, im Land und im Bund regieren CDU und SPD. Und das spürt man: Ohne GRÜNE in der Verantwortung fehlt es an Mut, an klaren Prioritäten und an einer konsequenten Ausrichtung auf Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit. Klimaschutz wird vertagt, soziale Fragen bleiben ungelöst, Zukunftsthemen werden geschoben statt gestaltet.

Wir GRÜNE stehen für eine andere Art von Politik – konstruktiv, ehrlich und lösungsorientiert. Wir arbeiten für die Sache und für die Menschen im Landkreis. Wir bringen Ideen ein, suchen tragfähige Lösungen und übernehmen Verantwortung. Auch aus der Opposition heraus haben wir gezeigt, dass wir Politik mitgestalten und Dinge bewegen können – mit Sachverstand, Haltung und Beharrlichkeit. Unser Ziel bleibt klar: Wir wollen gestalten.

Gerade in Zeiten knapper Kassen setzen wir andere Prioritäten. Wir investieren in das, was wirklich zählt: in Klimaschutz, soziale Sicherheit, Mobilität, Schulen und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Denn wer heute verantwortungsvoll handelt, sichert die Lebensqualität von morgen.

Wir laden Sie ein, uns und unsere Kandidierenden kennenzulernen – hier mit diesem Wahlprogramm, auf unserer Webseite, in den sozialen Medien, bei unseren Veranstaltungen oder ganz persönlich am Wahlkampfstand. Machen Sie sich selbst ein Bild davon, wofür wir stehen und was wir für unseren Landkreis erreichen wollen.

Am 15. März 2026 bitten wir Sie um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme für eine starke grüne Kraft im Kreistag, die Verantwortung übernimmt und Zukunft gestaltet.

Ihre GRÜNEN in Marburg-Biedenkopf



Webseite:

[gruene-marburg-biedenkopf.de](https://gruene-marburg-biedenkopf.de)



Instagram:

[gruenemrbid](https://www.instagram.com/gruenemrbid)



Facebook:

[GRÜNE Marburg-Biedenkopf](https://www.facebook.com/GRÜNE-Marburg-Biedenkopf)

# INHALT

<b>Vorwort .....</b>	<b>3</b>
<b>1. Demokratie und Vielfalt fördern.....</b>	<b>6</b>
Bürger*innenbeteiligung stärken – analog, digital und im ländlichen Raum .....	6
Partizipation von Kindern und Jugendlichen stärken .....	7
Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenreten – Bildung und Prävention stärken.....	7
Demokratieförderung und Extremismusprävention brauchen wissenschaftliche Evaluationen .....	8
Freiwilliges Engagement unterstützen und wertschätzen .....	8
Demokratie sichern heißt: Angriffe abwehren.....	9
<b>2. Bildung und Schule.....</b>	<b>10</b>
Schulsozialarbeit und Schulpsychologie – Belastungen von Kindern und Jugendlichen ernst nehmen! .....	10
Schulgebäude, Sanierung und Hitzeschutz.....	11
Ganztag: Pädagogische Qualität statt Aufbewahrung .....	12
Schüler*innenvertretungen stärken – echte Mitbestimmung ermöglichen.....	13
Gute und gesunde Schulverpflegung für alle .....	14
Digitalisierung folgt der Pädagogik, nicht umgekehrt! .....	15
Vielfalt, Toleranz und Inklusion – für eine diskriminierungsfreie Schule .....	16
Berufliche Bildung und Berufsorientierung.....	16
<b>3. Soziale Infrastruktur stärken – für ein gutes Leben im ganzen Landkreis.....</b>	<b>18</b>
Soziale Beratung – schnell, verständlich und erreichbar.....	18
KreisJobCenter .....	19
Migrations- und Integrationsförderung.....	20
Armut und Teilhabe: Soziale Sicherheit und Chancengleichheit .....	23
Jugendhilfe: Starke Familien – Starke Jugend .....	25
Gesundheit und medizinische Versorgung überall .....	26
Pflege und Unterstützung im Alter.....	26
Bezahlbarer Wohnraum.....	27



<b>4. Klimaschutz ist Menschenschutz!</b>	<b>29</b>
Katastrophenschutz ausbauen: den Helfenden helfen	30
Bevölkerungsschutz durch Klimaanpassungsmaßnahmen	32
Energiewende vor Ort	33
Erneuerbare Energie	34
Energieeffizienz und Energiesparen	34
Windkraft	34
Biomasse	35
Wald	35
Wasserstofftechnologie	35
Wasser	36
Boden	37
Luft	38
<b>5. Verkehrswende jetzt!</b>	<b>39</b>
Verkehrsberuhigung	40
Radverkehr	40
Öffentlicher Personen-Nahverkehr (ÖPNV)	41
Barrierefreiheit	42
Tarife	42
Reaktivierung der Salzbödebahn	42
Reaktivierung der Ohmtalbahn	43
Regio-Tram	43
<b>6. Finanzen – Zukunft braucht Investitionen</b>	<b>44</b>
Finanzielle Grundlagen für nachhaltige Investitionen	44
Kommunale Handlungsfähigkeit stärken	44
<b>7. Geschlechtergerechtigkeit</b>	<b>46</b>
Gleichstellung braucht starke Strukturen – überall im Landkreis	46
EU-Charta für die Gleichstellung	46
Queeres Leben im Landkreis	47
<b>8. Agrarwende, Landwirtschaft und Tierschutz</b>	<b>49</b>
Nachhaltige Landwirtschaft und regionale Wertschöpfung stärken	49
Tierheim & kommunaler Tierschutz	50

# 1. DEMOKRATIE UND VIELFALT FÖRDERN

Wir GRÜNE Marburg-Biedenkopf stehen für eine lebendige und widerstandsfähige Demokratie, die von Mitbestimmung, Offenheit und dem aktiven Engagement der Bürger\*innen getragen wird. In Artikel 146 der hessischen Verfassung steht, dass es die Pflicht eines jeden ist, „für den Bestand der Verfassung mit allen ihm zu Gebote stehenden Kräften einzutreten“. Diesen verfassungsmäßigen Auftrag gilt es auch hier im Landkreis ernst zu nehmen. Wir treten entschieden für die Förderung und den aktiven Schutz der Demokratie und unserer Verfassungsordnung ein. In einer Zeit, in der antidemokratische Strömungen, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Hass gegen engagierte Zivilgesellschaft zunehmen, ist es wichtiger denn je, demokratische Strukturen zu erhalten, Vielfalt sichtbar zu machen und klare Haltung für demokratische Werte zu zeigen – in Stadt und Land, analog und digital.

## **Bürger\*innenbeteiligung stärken – analog, digital und im ländlichen Raum**

Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit – sie wird zunehmend von antidemokratischen Kräften bedroht. Umso wichtiger ist es, zivilgesellschaftliches Engagement, Bürger\*innen- und Jugendbeteiligung zu stärken. Jetzt braucht es mehr denn je starke, solidarische Stimmen für Demokratie und Zusammenhalt.

Wir setzen uns dafür ein, dass gerade im ländlichen Raum Begegnungsorte und demokratische Infrastruktur erhalten und ausgebaut werden: Dorfgemeinschaftshäuser, Büchereien, Jugendclubs, Kulturstätten und Vereine.

Digitalisierung darf dabei kein Ersatz, sondern muss Ergänzung sein. Wir wollen Beteiligung auch in digitalen Räumen ermöglichen – von Online-Plattformen bis hin zu niedrigschwelligen Angeboten in sozialen Medien. Besonders junge Menschen, die Demokratie zunehmend digital erleben, sollen hier zielgruppengerecht angesprochen werden.

### ***Wir GRÜNE wollen:***

- Die Beteiligung von Bürger\*innen in der Kommunalpolitik ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir wollen deshalb Bürger\*innenbeteiligung erhalten und stärken und damit unterschiedliche Perspektiven und zusätzliche Fachexpertise aus der Bevölkerung in politische Prozesse einfließen lassen.
- Explizite Ansprache und Einbindung von gesellschaftlichen Minderheiten und migrantischen Communities.
- Die Weiterführung kommunaler Handlungskonzepte zur Demokratieförderung.

## **Partizipation von Kindern und Jugendlichen stärken**

Die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen ist ein demokratisches Grundrecht. Das Kreisjugendparlament (KJP) Marburg-Biedenkopf ermöglicht Kindern und Jugendlichen im Landkreis Mitbestimmung in der Kreispolitik. Sie teilen ihre Erfahrungen und Ideen mit anderen Jugendlichen und legen ihre Vorschläge regelmäßig dem Kreistag dar.

Als Landkreis haben wir dieser demokratisch gewählten Jugendvertretung gegenüber eine Verantwortung, sie nicht nur zu Wort kommen zu lassen, sondern ihre Anliegen, Vorschläge und Initiativen ernst zu nehmen und wo möglich auch umzusetzen. Wir GRÜNE nehmen ihre Anliegen ernst und unterstützen Kinder und Jugendliche dabei, bereits in jungen Jahren Verantwortung in unserer Demokratie zu übernehmen und zur politischen Willensbildung beizutragen.

### ***Wir GRÜNE wollen:***

- Einen regelmäßigeren Austausch zwischen dem KJP, der Kreisverwaltung und der Politik.
- Durch geeignete Maßnahmen und eine stärkere Kooperation mit den Schulen die Bekanntheit des KJP unter den Kindern und Jugendlichen im Landkreis erhöhen, um mehr junge Menschen auf diese Möglichkeit der politischen Mitgestaltung aufmerksam zu machen.
- Planspiele und Projekte zur Kommunalpolitik fördern, um Jugendliche für Demokratie und Mitbestimmung vor Ort zu begeistern.

## **Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit entgegenreten – Bildung und Prävention stärken**

Antidemokratische Bewegungen bedienen sich zunehmend ideologischer Elemente und Erzählmuster, die weit über klassische Extremismusbegriffe hinausgehen. Antifeminismus, Rassismus und Antisemitismus sind dabei zentrale Elemente einer demokratiefeindlichen Erzählung, die sich oft phänomenübergreifend und anschlussfähig in der Gesellschaft verbreitet. Wir stellen uns entschieden gegen Diskriminierung und jede Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit oder Diskriminierung von Menschen mit Behinderung.

### ***Wir GRÜNE wollen:***

- Bestehende Projekte gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sollen dauerhaft gesichert und stärker in der Öffentlichkeit sichtbar gemacht werden.
- Kooperation mit lokalen Trägern der politischen Bildung, Jugendhilfe, Kulturarbeit und Demokratieförderung ausbauen.
- Kommunale Förderung für Bildungs- und Kulturveranstaltungen zu Rassismus, Antisemitismus, Antifeminismus, Queerfeindlichkeit und weiteren Ideologien der Ungleichwertigkeit.

### **Demokratieförderung und Extremismusprävention brauchen wissenschaftliche Evaluationen**

Gute Demokratieförderung und Extremismusprävention sind wirksam, transparent und nachvollziehbar. Dafür setzen wir uns für eine regelmäßige Evaluation und wissenschaftliche Begleitung von einschlägigen Projekten ein. Gemeinsam mit der Philipps-Universität Marburg und anderen Partnern wollen wir eine Kultur der Wirkungsmessung etablieren – um herauszufinden, welche Ansätze besonders gut funktionieren und wie sie verbessert werden können. Diese Evaluationen sollen öffentlich zugänglich gemacht werden und als Grundlage für zukünftige Förderentscheidungen dienen.

### **Freiwilliges Engagement unterstützen und wertschätzen**

Bürgerschaftliches Engagement ist der Herzschlag unserer Demokratie. Ob in der Nachbarschaftshilfe, im Umwelt- oder Tierschutz, im Verein, in der Flüchtlingsarbeit oder in kulturellen Projekten: Menschen, die sich für andere einsetzen, stärken unsere Gesellschaft.

### ***Wir GRÜNE wollen:***

- Eine verlässliche Weiterförderung der Freiwilligenagentur Marburg-Biedenkopf.
- Kostenlose oder kostengünstige Fortbildungen für freiwillig Engagierte.
- Bereitstellung finanzieller Mittel für gemeinwohlorientierte Projekte, wenn diese nicht aus Spenden gedeckt werden können.

Wir wollen die Hürden für Engagement abbauen und neue Gruppen – z.B. junge Menschen, Berufstätige oder Menschen mit Migrationsgeschichte – gezielt ansprechen und unterstützen.

## **Demokratie sichern heißt: Angriffe abwehren**

Wir sehen, dass demokratische Akteure zunehmend unter Druck stehen: durch Hass im Netz, durch Bedrohungen im Alltag, durch Desinformation und Angriffe auf ihre Arbeit. Wir stehen klar an der Seite aller, die sich für eine demokratische, offene und vielfältige Gesellschaft einsetzen – sei es in der politischen Bildung, in der Zivilgesellschaft, in der Kommunalpolitik oder in kommunalen Gremien. Wir setzen uns für den Ausbau von Unterstützungsangeboten für Engagierte ein, die von Bedrohung oder Hass betroffen sind.

## 2. BILDUNG UND SCHULE

Bildungseinrichtungen – von Schulen und Kindertagesstätten über Volkshochschulen, Musikschulen, außerschulischen Lernorten bis hin zur frühkindlichen Tagespflege – brauchen einen verlässlichen Rahmen, der Bildung und Erziehung gleichermaßen ermöglicht und das Leben und Lernen positiv gestaltet. Im Mittelpunkt stehen für uns die Schüler\*innen und ihre Entwicklung. Deshalb fördern und unterstützen wir Schulen aktiv auf dem Weg zu zeitgemäßen pädagogischen Konzepten. Wir stehen für Chancengerechtigkeit, Inklusion und Teilhabe, Stärkung von Schüler\*innenrechten, Demokratie und Vielfalt sowie Nachhaltigkeit als verbindliche Grundlagen für alle Bildungsorte.

### **Schulsozialarbeit und Schulpsychologie – Belastungen von Kindern und Jugendlichen ernst nehmen!**

Leistungsdruck und Stress in der Schule, Zukunftsängste, globale Krisen, Diskriminierung und Mobbing: Vielen Kindern und Jugendlichen geht es psychisch schlecht. In Deutschland ist mehr als jedes fünfte Kind bzw. jede fünfte jugendliche Person stark psychisch belastet. Ein Viertel der Kinder und Jugendlichen bewertet die eigene Lebensqualität als gering. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar. Als Schulträger setzen wir uns dafür ein, dass Schüler\*innen mehr Unterstützung durch Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und multiprofessionelle Teams erhalten. So können Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenslagen wirksam begleitet werden. Wir wollen kreiseigene Angebote ausbauen und die Zusammenarbeit mit Jugendhilfe und Beratungsstellen stärken. Gleichzeitig braucht es vom Land verlässliche Standards bei Personal und Finanzierung, damit diese Unterstützung dauerhaft gesichert ist. Ebenso erwarten wir vom Land Maßnahmen zur Verringerung des Leistungsdrucks in den Schulen, damit die (Lern-) Entwicklung der Schüler\*innen in den Mittelpunkt rückt.

#### ***Wir GRÜNE wollen:***

- Ausbau von Schulsozialarbeit und Schulpsychologie.
- Eine dauerhafte Finanzierung für den steigenden Bedarf sicherstellen.
- Multiprofessionelle Teams aus Fachkräften der Sozialpädagogik, Psychologie und Förderpädagogik ausbauen.
- Den Austausch zwischen Schulen und dem Landkreis verbessern, um den Bedarf an Schulsozialarbeit und Schulpsychologie besser zu erheben.
- Programme zu Mobbingprävention, Resilienz, psychischer Gesundheit und zur Vermeidung von Schulabstinz an Schulen verankern.

- Lehrer\*innen durch entsprechende Weiterbildungsangebote für dieses Thema besonders sensibilisieren und ihnen entsprechende Werkzeuge an die Hand geben, um Schüler\*innen zu helfen.

## **Schulgebäude, Sanierung und Hitzeschutz**

Schulen sollten die schönsten Orte im Landkreis sein – Orte, an denen sich Kinder und Jugendliche wohlfühlen und gerne lernen. Mit dem Investitionsprogramm 2021 - 2026 hat der Landkreis bereits viel Geld in Sanierungen und Neubauten investiert. Trotzdem bleibt der Bedarf groß: Einige Gebäude sind weiterhin in schlechtem Zustand oder entsprechen nicht mehr den Anforderungen moderner Pädagogik und des Ganztags. Hinzu kommen fehlende Anpassungen an extreme Sommerhitze, die für Schüler\*innen und Lehrkräfte eine Belastung sind. Probleme wie kaputte Schultoiletten sind an vielen Schulen immer noch Alltag. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass der Landkreis auch in finanziell angespannten Zeiten die Sanierung und den Neubau von Schulen priorisiert.

### ***Wir GRÜNE wollen:***

- Kleine Schulstandorte erhalten, um kurze Wege und attraktive Lebensbedingungen im ländlichen Raum zu sichern.
- Alle sanierungsbedürftigen Schultoiletten innerhalb der kommenden Legislaturperiode sanieren und Maßnahmen zum Schutz vor Vandalismus direkt in die Planung miteinbeziehen.
- Hitzeschutz muss in allen Schulräumen durch Beschattung durch Bäume und Jalousien sichergestellt werden und bei Sanierung oder Neubau standardmäßig mitgeplant werden.
- Eine einheitliche Umsetzung des sogenannten „Hitzefrei-Erlasses“ („Andere Unterrichtsformen und Unterrichtsausfall bei großer Hitze an allgemeinbildenden Schulen“ vom 12.01.2021) des Kultusministeriums in allen Schulen des Landkreises, die den Belastungen von Schüler\*innen durch extreme Hitze gerecht wird. Dazu streben wir eine gemeinsame Verständigung mit allen Schulen im Landkreis an.
- Klimaangepasste Schulhöfe sollen Schutz vor starker Sonneneinstrahlung und Überhitzung bieten. Wir wollen durch Klimaanpassungsmaßnahmen wie Entsiegelung, Begrünung und zusätzliche Hitzeschutzmaßnahmen wie Sonnensegel, Schulhöfe an die extreme Hitze im Sommer anpassen. Dabei müssen bei Neubau und Sanierung von Schulen solche Maßnahmen Standard werden. Anstelle der bisherigen Praxis des Kreises, sich auf wenige Projektschulen zu beschränken, sollen kleine Maßnahmen mit großer Wirkung an allen Schulen, an denen eine Notwendigkeit besteht, durchgeführt werden.

- Neubau und Sanierung von Schulen und Kitas in intensiver Abstimmung mit den Einrichtungen baulich so gestalten, dass sie inklusives Lernen, die Anforderungen des Ganztags, moderne Pädagogik und Barrierefreiheit ermöglichen.
- Die Flächenversiegelung bei Baumaßnahmen geringhalten, eine klimaneutrale Energieversorgung bereitstellen und energetische Potenziale mithilfe thermischer Planung ausschöpfen.
- Dachflächen von Schulen und Sporthallen konsequent für Photovoltaik nutzen.
- Sichere Radwege, überdachte Fahrradstellplätze und E-Ladesäulen an größeren Standorten schaffen, um klimafreundliche Mobilität zu fördern.

## **Ganztag: Pädagogische Qualität statt Aufbewahrung**

Ganztagsangebote werden immer stärker nachgefragt – nicht nur, weil sich Familien- und Arbeitsmodelle verändern, sondern auch, weil Schule längst mehr ist als reine Wissensvermittlung. Ganztag darf kein reiner Aufbewahrungsort sein. Es braucht qualitativ hochwertige Bildungs- und Betreuungsangebote, die Kinder und Jugendliche in ihrer Persönlichkeitsentwicklung stärken und begleiten. Nachmittagsangebote sollen Freiräume eröffnen, in denen Schüler\*innen ihren Interessen, Talenten und Stärken nachgehen können. Unterstützungsangebote wie Hausaufgabenbetreuung fördern zusätzlich Bildungsgerechtigkeit, gerade für Kinder aus sozial benachteiligten Familien.

Doch der Landkreis hat seine Pflichten vernachlässigt. Schon seit Jahren weisen wir auf die Defizite hin – jetzt laufen wir in ein massives Problem hinein. Es fehlt an Strukturen, Räumen und Personal. Der Ausbau stockt, viele Schulen sind räumlich an der Belastungsgrenze, und auch die Gewinnung von Fachkräften ist ungelöst.

Ab dem Schuljahr 2026/2027 haben Erstklässler einen gesetzlichen Anspruch auf ganztägige Betreuung, der bis 2029/2030 stufenweise auf alle Grundschuljahrgänge ausgeweitet wird. Wir müssen handeln, damit dieses Recht nicht zur leeren Vorschrift wird.

### ***Wir GRÜNE wollen:***

- Die Entwicklung und Weiterentwicklung des Ganztags an Schulen soll unter aktiver Mitwirkung von Eltern und Schüler\*innen stattfinden.
- Außerschulische Partner sollen in Ganztagsangebote miteinbezogen werden. Ob Vereine, Betriebe, soziale Einrichtungen, lokale Erinnerungsprojekte oder Partner aus der Kultur: Durch sie sollen Schüler\*innen ihren Horizont erweitern und neben Berufsperspektiven auch Möglichkeiten des sozialen Engagements und der Kreativität kennenlernen.



- Ganztagskonzepte sollen in Kooperation mit der Jugendhilfe gestaltet werden, um Teilhabe und Prävention zu stärken.
- Ganztagsangebote räumlich und pädagogisch zusammen denken: Strukturen müssen inklusiv, barrierefrei und an den pädagogischen Konzepten der Schulen ausgerichtet sein. Eine reine Betrachtung der räumlichen Ausstattung – wie sie die aktuelle Bestandsanalyse des Landkreises vorsieht – greift zu kurz und gefährdet insbesondere kleinere Schulstandorte.
- Attraktive Arbeitsbedingungen, faire Bezahlung und gezielte Qualifizierungsangebote für pädagogisches Ganztagspersonal sind Voraussetzungen für Qualität und Verlässlichkeit.
- Einen verbindlichen Ausbauplan für Ganztagsplätze im Landkreis, damit alle Schulen auf den Ganzttag rechtzeitig vorbereitet werden.

## **Schüler\*innenvertretungen stärken – echte Mitbestimmung ermöglichen**

Junge Menschen verbringen mittlerweile den Großteil ihrer Zeit in der Schule. Auch durch die Zunahme der Ganztagsbetreuung wird sich diese Tendenz in Zukunft weiter verstärken. Wenn sich Kinder und Jugendliche den Großteil ihrer Zeit in Schulen aufhalten, haben sie auch ein Recht darauf, die Schulpolitik in ihrer Schule und im Landkreis mitzubestimmen.

Starke Schüler\*innenvertretungen sind ein unverzichtbarer Bestandteil einer demokratischen Schulkultur. Sie ermöglichen es, Schüler\*innen bei der Gestaltung ihres Schulalltags und der Gestaltung von Unterricht, gemeinsamen Regeln, Ganzttag und Schulentwicklung mitzubestimmen. Schüler\*innenvertretungen leisten deshalb einen wichtigen Beitrag zur Willensbildung junger Menschen, unterstützen Schüler\*innen darin, Selbstwirksamkeit zu erfahren, und fördern so junge Menschen, aktiv gestaltende und mündige Bürger\*innen in unserer Demokratie zu werden. Die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen ist kein freiwilliges Extra, sondern ein demokratisches Grundrecht.

### ***Wir GRÜNE wollen:***

- Wir werden die Schüler\*innenvertretungen in den Schulen bei der Mitbestimmung weiter unterstützen und setzen uns auch auf Landesebene für eine Stärkung ihrer Mitbestimmungsrechte ein.
- Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass jede Schüler\*innenvertretung von ihrer Schule ein angemessenes Budget für eigene Projekte zur freien Verwendung zur Verfügung gestellt bekommt.

Der Kreisschülerrat (KSR) vertritt auf Ebene des Landkreises die Interessen aller Schüler\*innen an den Schulen des Landkreises Marburg-Biedenkopf. Um dieser Funktion gerecht werden zu können und junge Menschen stärker zu beteiligen, wollen wir dem KSR echte Mitbestimmung in der Schulpolitik des Kreises ermöglichen. Deshalb fordern wir:

- Der KSR soll künftig im Kreistag dieselben Rechte eingeräumt bekommen, die auch das Kreisjugendparlament (KJP) besitzt.
- Für die Ausübung dieser Rechte sollen die Vertreter\*innen des KSR und des KJP eine kleine Aufwandsentschädigung bekommen. Eine Aufwandsentschädigung zeigt Wertschätzung für das Engagement und die aufgebrauchte Zeit der Vertreter\*innen des KSR und KJP, ihre Anliegen dem Kreistag darzulegen.
- Wir werden den KSR künftig mit einem höheren finanziellen Budget für eigene Projekte ausstatten.

## **Gute und gesunde Schulverpflegung für alle**

Eine gute Schulverpflegung fördert nicht nur Lern- und Leistungsfähigkeit, sondern auch das Wohlbefinden aller Kinder und Jugendlichen. Mit der zunehmenden Ganztagsbetreuung gewinnt sie weiter an Bedeutung. Gesundes Schulessen trägt zudem zur Chancengerechtigkeit bei, weil alle Schüler\*innen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern Zugang zu ausgewogenen Mahlzeiten haben.

### ***Wir GRÜNE wollen:***

- Die Schulverpflegung am Leitbild einer gesunden Ernährung ausrichten. Sie soll die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) einhalten und ein breites Angebot an vegetarischen und veganen Speisen bereitstellen.
- Pädagogische Konzepte, die gesunde Ernährung durch eigene Schulküchen unterstützen, wollen wir fördern und erhalten. Dazu gehört auch gesunde Ernährung im Unterricht zu thematisieren.
- Stärker auf regionale, saisonale und nachhaltig produzierte Lebensmittel setzen.
- Prüfen, wie eine bessere Subventionierung der Essenspreise möglich ist, damit die Zuzahlungen der Eltern sinken – insbesondere im Vergleich zum Schulträger Marburg.
- Sicherstellen, dass an allen Schulen frische Produkte angeboten werden, z. B. durch die Einrichtung einer Salatbar als Standard.
- Den Zugang zu Trinkwasser weiter verbessern: Auf unseren Vorschlag hin hat der Kreistag die Ausstattung der Schulen mit Trinkbrunnen beschlossen, inzwischen

sind viele Standorte ausgestattet. Perspektivisch sollen alle Schulen mit Wasserspendern versorgt werden.

- Dafür sorgen, dass Getränke in Einwegverpackungen in Schulkiosken nicht mehr verkauft werden, um Abfall zu vermeiden und die Schulgelände sauber zu halten.
- Konzepte gegen Lebensmittelverschwendung weiterentwickeln, damit Essensreste vermieden und überschüssige Lebensmittel sinnvoll genutzt werden.

## **Digitalisierung folgt der Pädagogik, nicht umgekehrt!**

In den letzten Jahren wurde viel erreicht: Die flächendeckende Ausstattung der Schulen mit WLAN, Tablets und digitalen Präsentationsmöglichkeiten in jedem Klassenraum ist weitgehend abgeschlossen. Mit der Digitalisierung eröffnen sich neue Chancen für eine moderne Bildung, aber auch neue Herausforderungen wie die Vermittlung von Medienkompetenz. Wir wollen die Chancen der Digitalisierung nutzen.

### ***Wir GRÜNE wollen:***

- Sicherstellen, dass digitale Medien pädagogischen Konzepten folgen. Bücher, Papier und analoge Methoden bleiben je nach Bedarf fester Bestandteil des Unterrichts.
- Kritische Medienkompetenz als Bestandteil jeden Unterrichts, der EU-KI-Act kann dafür eine erste Orientierung geben,
- Weiterhin sicherstellen, dass kein Kind durch fehlende Endgeräte vom digitalen Lernen ausgeschlossen wird.
- Schulen die Möglichkeit geben, durch Regulierung Internet und Apps sinnvoll auf Bildungsziele zu fokussieren – ohne durch Überregulierung flexible und spontane Nutzung zu behindern, auch im Ganztage.
- Neben einer zentralen IT-Administration an jeder Schule weiterhin eigene IT-Administrator\*innen einsetzen, deren Stundenkontingent sich an der Schulgröße orientiert, um Lehrkräfte zu entlasten.
- Bei der Beschaffung von Hardware auf Nachhaltigkeit, Langlebigkeit und Reparierbarkeit achten.
- Digitale Infrastruktur auch für Ganztagsangebote und außerschulische Partner nutzbar machen.
- Die Versorgung mit Kopierpapier und Kopierern nach pädagogischem Bedarf garantieren, damit hybride Unterrichtskonzepte ohne Einschränkungen möglich sind.

## **Vielfalt, Toleranz und Inklusion – für eine diskriminierungsfreie Schule**

Wir sehen Vielfalt als Bereicherung des sozialen Miteinanders und gesellschaftliche Normalität. Mehrsprachigkeit von Schüler\*innen ist eine wertvolle Ressource. Gleichzeitig sehen wir jedoch den Ausgleich von Sprachdefiziten in Kita und Schule als wichtigen Handlungsauftrag.

### ***Wir GRÜNE wollen:***

- Projekte und Kooperationen mit Jugendhilfe, Vereinen und Initiativen fördern, die Vielfalt sichtbar machen und aktiv gegen Diskriminierung wirken.
- Barrierefreiheit in allen Schulgebäuden bei Sanierungen und Neubauten von Anfang an mitplanen und sicherstellen.
- Förderung durch Hausaufgabenbetreuung und andere Angebote ermöglichen.
- Unterstützungssysteme für Kinder aus Familien mit Fluchthintergrund ausbauen und langfristig absichern.

## **Berufliche Bildung und Berufsorientierung**

Berufliche Bildung eröffnet jungen Menschen vielfältige Perspektiven. Wir wollen ihnen ermöglichen, sowohl den akademischen als auch den beruflichen Bildungsweg frühzeitig kennenzulernen, um später für sich selbst die beste Entscheidung anhand ihrer eigenen Interessen und Stärken treffen zu können. Berufsorientierung ist mehr als eine einmalige Veranstaltung am Ende des Schuljahres. Die aktive Förderung und Unterstützung der Schule bei der Entdeckung und Entfaltung von Interessen und Talenten ihrer Schüler\*innen ist die beste Berufsorientierung. Eine verlässliche und praxisnahe Berufsorientierung schafft außerdem gleiche Chancen für alle jungen Menschen im Landkreis.

### ***Wir GRÜNE wollen:***

- Schulen dabei unterstützen, regelmäßig außerschulische Partner aus Wirtschaft, Handwerk, Hochschulen und Wissenschaft in Nachmittagsangebote, Projekte und Veranstaltungen einzubeziehen.
- Regelmäßige Angebote zum Übergang von Schule in Ausbildung oder Studium in Form von Berufsmessen und Berufsinformationsveranstaltungen sowie Kooperationen mit Hochschulen und Partnern aus der Wissenschaft sollen eine bessere Berufsorientierung sicherstellen.
- In Regionen mit großen Betrieben die Einrichtung von Azubi-Wohnheimen prüfen, um die Attraktivität der beruflichen Ausbildung zu erhöhen.

- Umschulungs- und Weiterqualifizierungsangebote fördern, denn sie sind ein wichtiger Bestandteil für die Berufswelt und lebenslanges Lernen.

### **3. SOZIALE INFRASTRUKTUR STÄRKEN – FÜR EIN GUTES LEBEN IM GANZEN LANDKREIS**

Ein solidarisches Miteinander ist das Fundament unserer Gesellschaft. Die soziale Infrastruktur – von Beratung und Jugendhilfe über Gesundheit und Pflege bis zu bezahlbarem Wohnen – hält unseren Landkreis zusammen. Sie sorgt dafür, dass niemand durchs Raster fällt und Menschen die Unterstützung finden, die sie benötigen.

Wer in Not gerät, braucht schnelle und verlässliche Hilfe. Eine gute Sozialberatung ist oft der erste Zugang – ob bei Bürgergeld, Wohngeld, Schulden, Wohnungslosigkeit oder gesundheitlichen Fragen. Damit sie funktioniert, müssen soziale Angebote niedrigschwellig, barrierefrei und gut erreichbar sein – digital, vor Ort und aufsuchend.

Soziale Gerechtigkeit heißt, allen Menschen im Landkreis faire Chancen und echte Teilhabe zu ermöglichen – unabhängig von Herkunft, Einkommen oder Alter. Wir GRÜNE stehen für eine Politik, die Zusammenhalt stärkt und Verantwortung übernimmt, damit soziale Sicherheit nicht vom guten Willen, sondern vom verlässlichen System abhängt.

#### **Soziale Beratung – schnell, verständlich und erreichbar**

Wir wollen Beratungsstrukturen, die mehrere Lebensbereiche zusammenführen und Orientierung bieten, anstatt Ratsuchende von einem Amt zum nächsten zu verweisen. Digitale Angebote wie Online-Formulare, Videoberatung und zentrale Portale sollen Behördengänge vereinfachen, während Anlaufstellen vor Ort oder mobile Teams dafür sorgen, dass auch Menschen im ländlichen Raum Unterstützung direkt erreichen können. Wichtig ist dabei die enge Vernetzung aller Beteiligten: die Kreisverwaltung – hier insbesondere das Jobcenter – Sozialdienste, freie Träger, Wohlfahrtsverbände und Ehrenamt. So entstehen kurze Wege und passgenaue Hilfen.

Damit Beratung tatsächlich wirksam ist, braucht es qualifiziertes Personal. Mitarbeitende müssen regelmäßig fortgebildet werden – fachlich, digital und interkulturell. Nur so können sie die komplexen sozialen Systeme verständlich vermitteln und Menschen mit Respekt und Kompetenz begleiten.

Wünschenswert ist eine Servicestelle für Soziales, in der Informationen und Hilfen kostenlos und ohne Termin gebündelt angeboten werden. Es soll eine breite Palette von Themen abgedeckt werden – von Wohngeld, Bürgergeld und Grundsicherung über Pflege, Schulden und Schwerbehinderung bis hin zu Kindergeld, Kinderzuschlag oder allgemeiner Familienunterstützung. Auch spezielle Angebote wie psychosoziale Beratung, Nachbarschaftshilfen oder Unterstützung bei schwierigen Mietverhältnissen

können eingebunden werden. Durch die Zusammenarbeit mit verschiedenen Ämtern, Institutionen und freien Trägern entsteht ein niedrigschwelliges Angebot, das viele Lebensbereiche abdeckt. Der Vorteil liegt nicht nur bei den Bürger\*innen: Auch die Verwaltung wird entlastet, weil Mitarbeitende weniger Zeit mit reiner Verweisberatung verbringen und Doppelarbeit abgebaut wird. Zudem stärkt das Modell die Teilhabe, bekämpft verdeckte Armut und erleichtert die Inanspruchnahme von Leistungen.

### ***Wir GRÜNE wollen:***

- Ein sozial niedrigschwelliges, barrierefreies Beratungsangebot schaffen, das digital, vor Ort und durch aufsuchende Angebote verfügbar ist.
- Doppelstrukturen abbauen und stattdessen dezentrale Beratungsstellen und Servicestellen der Sozialleistungsträger bündeln und an jeweils gut erreichbaren Punkten für alle Teile des Landkreises anbieten, so dass alle Menschen im Landkreis teilhaben und Beratungsangebote wohnortnah wahrnehmen können.
- Digitale Angebote wie Online-Formulare, Videoberatung und zentrale Portale ausbauen – analoge Wege sollen dabei aber erhalten bleiben.
- Durch enge Vernetzung von Verwaltung, Sozialdiensten, freien Trägern, Wohlfahrtsverbänden und Ehrenamt kurze Wege und passende Hilfen sicherstellen.
- Die regelmäßige Qualifizierung der Mitarbeitenden in sozialer Beratung fördern – fachlich, digital und interkulturell.
- Prüfen, wie ein Modell für eine Servicestelle Soziales im Landkreis umgesetzt werden kann, ergänzt durch digitale Zugänge und mobile Beratung, um den Zugang zu Sozialleistungen zu verbessern.

### **KreisJobCenter**

Das KreisJobCenter Marburg-Biedenkopf ist für die Unterstützung von Menschen in schwierigen Lebenslagen von großer Bedeutung. Es gilt, ein qualitativ umfassendes Beratungsangebot weiterzuentwickeln. Hierbei sind die persönlichen Potenziale der Menschen zu erkennen und sie mit individuellen Angeboten für Lebens- und Arbeitsmarktchancen zu erweitern. Grundlage hierfür ist eine möglichst angstfreie, kultursensible und vertrauensbildende Kommunikation, die eine effektive und erfolgreiche Unterstützung und Vermittlung erst möglich macht. Diese großen Herausforderungen in der Beratungs- und Vermittlungspraxis sehr vielfältiger Lebenslagen erfordern eine kontinuierliche Weiterbildung der Mitarbeiter\*innen.

## **Wir GRÜNE wollen:**

- **Qualifizierung und Weiterbildung:** Anstatt Arbeitslose so schnell wie möglich in den erstbesten Job zu vermitteln, soll der Fokus auf einer qualitativ hochwertigen Qualifizierung liegen. Wichtig ist, die individuellen Fähigkeiten der Menschen zu stärken und sie auch für zukunftsfähige Berufe fit zu machen.
- **Beratungsqualität:** Die Beziehung zwischen Sachbearbeitenden und Leistungsempfängenden soll von Wertschätzung und Vertrauen geprägt sein. Wir wollen weiterhin das Jobcenter zu einem Beratungscenter weiterentwickeln, in dem die Menschen individuelle Unterstützung erhalten, die nicht nur auf die Arbeitsaufnahme abzielt, sondern auch andere Problemlagen wie Schulden, Wohnungslosigkeit oder psychische Belastungen berücksichtigt.
- **Effektivität und Vermittlung:** Das Verwaltungshandeln sollte stärker um erweiterte Onlineangebote ergänzt werden um Antragsbearbeitung, Beratung und Vermittlung möglichst effizient, zeitunabhängig und dienstleistungsorientiert zu ermöglichen. Zudem sind bürokratische Barrieren bei den Verwaltungsaufgaben zu reduzieren und digitale Strukturen auszubauen, um so den Fokus auf die Beratungs- und Vermittlungsaspekte zu erweitern. Doppelstrukturen sind dabei zu vermeiden.
- **Vernetzung:** Das KreisJobCenter ist ein wichtiger Ansprechpartner für viele Menschen in besonderen Lebenslagen im Landkreis. Deshalb ist hier auch eine übergreifende Zusammenarbeit mit anderen Fachbereichen des Landkreises weiterzuentwickeln. Sowohl das Arbeitsmarktbüro mit seiner Kooperation mit der Agentur für Arbeit und der Stadt Marburg sowie fachbereichsübergreifende Projekte wie VOICE bei der Flucht- und Migrationsberatung, sind wichtige Kooperationsansätze, die auch in den weiteren vielfältigen Aufgabenbereichen des KreisJobCenters dringend weiterentwickelt werden sollten. Damit das KreisJobCenter besser arbeiten kann, sollen Synergien genutzt werden.

## **Migrations- und Integrationsförderung**

Deutschland ist ein Einwanderungsland – und das ist gut so. Migration stärkt unsere Wirtschaftskraft und die Sozialversicherungssysteme, sichert Arbeitsplätze und bereichert unsere Gesellschaft wirtschaftlich und kulturell. Ohne Zuwanderung würde die Zahl der Erwerbstätigen sinken und unseren Wohlstand gefährden. Laut dem Mikrozensus von 2024 haben 25,2 Mio. Menschen in Deutschland einen Migrationshintergrund. Das ist ein wesentlicher Teil unserer Gesellschaft und unseres Arbeitsmarktes. Rund 15 % aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit eine ausländische Staatsangehörigkeit. Auch im Landkreis Marburg-Biedenkopf sind Migrant\*innen unverzichtbar: Hier gibt es rund



98.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, gleichzeitig fehlen bereits ca. 4.000 Fachkräfte. Vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft ist eine gelingende Migration keine Option, sondern Voraussetzung für wirtschaftliche Stabilität und gesellschaftlichen Zusammenhalt – lokal wie bundesweit. Wir fördern Integration und wollen Hürden abbauen, damit unser Stadt- und Landbild weiterhin durch Migration bereichert wird.

## **Sozialarbeit und Beratung stärken und professionalisieren**

Eine erfolgreiche Integration braucht gut ausgestattete, kultursensible Sozial- und Beratungsleistungen. Wir fordern bessere Personalschlüssel, regelmäßige Fortbildungen und eine kontinuierliche Supervision für Mitarbeitende. So können Geflüchtete und Zugewanderte individuell begleitet und ihre Potenziale besser gefördert werden.

## **Sprache als Schlüssel zur Teilhabe**

Ohne Sprachkenntnisse ist weder Integration noch berufliche Perspektive möglich. Wir wollen den Ausbau von qualitativ hochwertigen Sprach- und Berufssprachkursen mit flexiblen Zeiten und Kinderbetreuung fördern, damit auch Familien und Berufstätige teilnehmen können.

## **Strukturen verzahnen, Zuständigkeiten klären, Onlinedienste stärken**

Zugewanderte brauchen klare, kultursensible Ansprechpartner und kurze Wege. Wir setzen uns für eine enge Kooperation zwischen KreisJobCenter, Bundesagentur für Arbeit, Ausländerbehörde und freien Trägern, Ehrenamtlichen und Wirtschaft ein, um Doppelstrukturen abzubauen und die Unterstützung effizienter zu gestalten. Ebenfalls sind moderne Onlinedienstleistungen konsequent weiterzuentwickeln und auszubauen, um unnötige Behördengänge zu vermeiden und Beratung und Information schnell sowie zeitunabhängig zu ermöglichen.

## **Angebote bündeln**

Wir wollen bestehende Angebote – wie das bestehende Arbeitsmarktbüro – weiterentwickeln: Sprachkurse, eine Anerkennungsberatung für Abschlüsse und Qualifizierungen und eine gezielte Qualifizierungs- und Praktikumsvermittlung sollen an einem Ort gebündelt und intensiv mit Betrieben, Kliniken, Handwerkskammer, IHK und Universität vernetzt werden. Das Arbeitsmarktbüro schafft zudem einen Raum für Austausch, Vernetzung und Wissenstransfer zu Ankommen, Leben und Arbeiten in Deutschland.

## **Praxisnahe Integration fördern**

Mentoring-Programme, Praktika und Ausbildungsbegleitung sollen gezielt ausgebaut werden. So bekommen Zugewanderte eine echte Chance, ihre Qualifikationen einzusetzen und Betriebe gewinnen dringend benötigte Fachkräfte.

Asylsuchende, die in Deutschland Schutz finden, verdienen Sicherheit, menschenwürdige Unterbringung und eine verlässliche Betreuung. So schnell wie möglich sollten die Asylsuchenden Zugang zu Integrations- und Sprachkursen, Bildung und Arbeit erhalten. Die zeitnahe Einbindung der Geflüchteten in diese Angebote ist eine wichtige Grundlage für eine erfolgreiche Integration in unsere Gesellschaft und ermöglicht zudem auch den schnellen Abbau von Integrationsbarrieren wie z. B. Traumabearbeitung etc.

Eine klare Trennung von Asyl und Migration ist dafür die Grundlage. Schutz für Verfolgte darf nicht mit Fachkräftezuwanderung vermischt werden. Daher fordern wir von der Bundesregierung, das Aufenthaltsschancengesetz zu einem umfassenden, transparenten Einwanderungsgesetz auszubauen, das klare Perspektiven für Zugewanderte bietet.

Gute Integrationsarbeit kann dabei allerdings nur gelingen, wenn Verwaltung, freie Träger und Ehrenamtliche stärker verzahnt zusammenarbeiten und Förderprogramme zielgerichtet auf die Bedarfe der Geflüchteten abgestimmt sind.

## **Klare Regeln bei Rückführungen – Humanität und Rechtsstaatlichkeit verbinden**

Abschiebungen dürfen sich nicht gegen die Falschen richten. Wer hier lebt, Deutsch lernt, in Ausbildung oder Arbeit steht und sich integriert, braucht eine verlässliche Perspektive statt ständiger Unsicherheit. Rückführungen von integrierten Menschen sind nicht nur unmenschlich, sie schaden auch Gesellschaft und Wirtschaft.

Gleichzeitig gilt: Wer schwere Straftaten begeht oder als Gefährder eingestuft wird, muss im Rahmen der geltenden Verfahren zurückgeführt werden. Wir sprechen uns dafür aus, dass Verfahren klar unterscheiden: Integration wollen wir fördern, strafrechtlich relevantes Fehlverhalten hat Konsequenzen. Humanität und Rechtsstaatlichkeit gehören zusammen – auch in der Migrationspolitik vor Ort.

## **Sozialdienste unterstützen**

Die Mitarbeitenden im Sozialdienst leisten unverzichtbare Arbeit. Wir fordern bessere Personalschlüssel und regelmäßige, praxisnahe Fortbildungen. So können Berufsanfänger\*innen gut starten und erfahrene Kräfte auf neue Herausforderungen vorbereitet werden.

## **Psychologische Versorgung ausbauen**

Viele Geflüchtete sind traumatisiert, was ihre Gesundheit belastet und so Integration erschwert. Wir setzen uns für eine flächendeckende Stärkung der psychologischen Betreuung und Traumatherapie im Landkreis ein. In Zusammenarbeit mit den Beratungs- und Sozialdiensten sind professionelle Kooperationsnetzwerke (z. B. gerade bei der Vermittlung von Dolmetscher\*innen) weiterzuentwickeln, um eine schnelle Hilfe im Sinne einer erfolgreichen Integrationsarbeit sicherzustellen.

## **Dezentrale Unterbringung sichern**

Die dezentrale Unterbringung hat sich bewährt und soll fortgeführt werden. Gleichzeitig müssen Wohnqualität und Standards regelmäßig überprüft werden, damit eine menschenwürdige Unterbringung garantiert bleibt.

## **Geschlechtersensible Betreuung gewährleisten**

Frauen und queere Menschen brauchen sichere Räume und spezifische Unterstützung. Wir fordern separate Unterbringungsmöglichkeiten und eine Betreuung, die auf ihre besonderen Bedürfnisse eingeht.

## **Ehrenamt stärken und vernetzen**

Die Koordinierungsstelle für Flüchtlingsinitiativen und das EFI-Netzwerk (Netzwerk Ehrenamt, Flucht, Integration) sind eine wichtige Brücke zwischen Verwaltung und Ehrenamt. Wir wollen es stärken und ehrenamtliche Projekte wie Begegnungscafés, Ausbildungsbegleitung oder Sprachkursvorbereitung unterstützen und weiterentwickeln. Dabei sollen auch die Geflüchteten selbst gehört und beteiligt werden. Dafür sind demokratisch gewählte Sprecherräte in Unterkünften eine wichtige Möglichkeit die Selbstorganisation der Geflüchteten zu fördern und sie so auch verstärkt in die Ehrenamtsarbeit einzubinden.

## **Armut und Teilhabe: Soziale Sicherheit und Chancengleichheit**

Armut ist Ausgrenzung. Wir akzeptieren es nicht, dass Kinder und einkommensschwache Menschen im Landkreis von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen sind. Unser Ziel ist es, Kinderarmut und Bildungsbenachteiligung direkt zu bekämpfen und allen Bürger\*innen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

## **Wir GRÜNE wollen:**

- **Bildung und Teilhabe (BuT)-Leistungen flächendeckend stärker bewerben:** Beratungsstellen, Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen sowie Vereine sollen stärker eingebunden werden, indem sie geschult und sensibilisiert werden, BuT-Leistungen zu beantragen und für Anspruchsberechtigte zugänglich zu machen. Durch verbesserte Beratungsangebote soll Teilhabe vereinfacht und möglich gemacht werden.
- **Stärkung des KreisJobCenters in der Beratungsqualität und nachhaltiger Arbeitsmarktintegration:** Die Arbeit des KreisJobCenters ist herausfordernd und vielschichtig. Um Menschen nachhaltig in Arbeit zu vermitteln, benötigt es meist Zeit, Einfühlungsvermögen und unterschiedliche unterstützende Angebote. Im Fokus der Beratung stehen daher nicht nur die Arbeitsaufnahme, sondern auch die Beseitigung von multiplen Problemlagen (Schulden, psychische Belastung, Alleinerziehung, Mobilität). Um dies leisten zu können, braucht es gut geschultes und vor allem ausreichend Personal. Wir fordern daher einen besseren Personalschlüssel für das KreisJobCenter, um gute und individuelle Beratungsarbeit zu ermöglichen.
- **Offene Jugendarbeit und soziale Begegnungsräume stärken:** Wir stellen die Offene Kinder- und Jugendarbeit sowie dezentrale Beratungs- und Unterstützungsangebote für junge Menschen insbesondere im ländlichen Raum finanziell auf solide Füße. Diese Angebote sind zentrale Orte für soziale Teilhabe und Prävention und müssen kostenfrei zugänglich sein. Zugleich fördern wir aktiv die Schaffung von Nachbarschaftscafés, Treffpunkten und vielfältigen Aktivitäten, um Begegnung und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.
- **Koordinierende Regiestelle für Teilhabe und Soziales:** Wir schaffen eine koordinierende Regiestelle beim Landkreis, die bestehende Strukturen nutzt, das Fachwissen von bereits geschultem Personal aus den bestehenden Fachbereichen einsetzt und so dezentrale Beratungs- und Unterstützungsangebote in den Kommunen gezielt vernetzt und fördert. Diese Stelle dient auch als Wissensbörse und zentrale Organisationseinheit, um Support-Strukturen mit Pilotprojekten über Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote zu initiieren.
- **Mobilität und Kultur für alle – Soziales Freizeitticket:** Wir prüfen die Einführung eines landkreisweit gültigen, sozial gestaffelten Freizeittickets für einkommensschwache Bürger\*innen und Senior\*innen, um die Teilnahme an kulturellen, sportlichen und sozialen Aktivitäten zu ermöglichen.

## Jugendhilfe: Starke Familien – Starke Jugend

Die Jugendhilfe ist der Schutzraum für junge Menschen. Unser Ziel ist es, allen Kindern und Jugendlichen im Landkreis positive Lebens- und Entwicklungschancen zu sichern. Dafür braucht es ein modernes, gut ausgestattetes Jugendamt, starke Partner vor Ort und eine frühzeitige Präventionsarbeit. Die freien Träger der Jugendhilfe leisten dabei unverzichtbare Arbeit – von Jugendzentren und Streetwork über Familienberatung bis hin zu Projekten politischer Bildung. Wir wollen erfolgreiche Programme sichern und die finanzielle Ausstattung langfristig verlässlich gestalten.

### *Wir GRÜNE wollen:*

- **Jugendamt entlasten, digitalisieren und stärken:** Wir fordern eine bedarfsgerechte Personalausstattung des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD), um die Mitarbeitenden zu entlasten, Überlastung zu verhindern und die Qualität der Fallarbeit zu sichern. Zugleich müssen die Antrags- und Kommunikationsprozesse für Familien und Fachkräfte konsequent digitalisiert und vereinfacht werden.
- **Psychische Gesundheit und Prävention ausbauen:** Wir setzen uns für den flächendeckenden Ausbau von Präventionsketten und von niedrigschwelliger psychosozialer Beratung ein. Wir begreifen die psychische Gesundheit als zentrale Ressource für Bildung und Teilhabe. Konkrete Präventionsarbeit umfasst beispielsweise die Bewältigung der psychosozialen Folgen der Pandemie, die Medienkompetenzförderung sowie einen aktiven Schutz vor Cyber-Mobbing und Hass im Netz.
- **Angebote freier Träger sichern:** Wir wollen erfolgreiche Programme und Einrichtungen der freien Jugendhilfe – etwa Jugendzentren, mobile Jugendarbeit, Familien- und Erziehungsberatung oder präventive Projekte – erhalten und ihre Finanzierung langfristig verlässlich absichern.
- **Hilfen zur Erziehung entbürokratisieren:** Wir gewährleisten eine vielfältige und qualitätsgesicherte Angebotsstruktur bei den Hilfen zur Erziehung (HzE), um passgenaue Unterstützung für jede Familie zu ermöglichen. Hierzu gehört der Bürokratieabbau im Antragsverfahren und bei der Leistungsabrechnung, um Fachkräfte zu entlasten und schnellere Hilfen zu gewährleisten.

## Gesundheit und medizinische Versorgung überall

Eine gute Gesundheitsversorgung darf keine Frage des Wohnorts sein. Hausärzt\*innen, Hebammen, Pflegekräfte und Krankenhäuser sichern Lebensqualität und Daseinsvorsorge – gerade in einem Flächenlandkreis wie Marburg-Biedenkopf. Doch Fachkräftemangel, steigende Kosten und Reformdruck setzen das System zunehmend unter Druck.

Der Landkreis hat das Krankenhaus in Biedenkopf übernommen und führt es als Hinterland-Klinik weiter. Diese Entwicklung werden wir konstruktiv und kritisch begleiten, um das Krankenhaus langfristig zukunftsfähig zu machen und den Mitarbeitenden Planungssicherheit zu geben. Klar ist: Sämtliche mit der Übernahme einhergehenden Risiken liegen nun beim Landkreis. Offen ist auch, ob und wie die anstehende Krankenhausreform von Bund und Land kleine Standorte wie Biedenkopf ausreichend unterstützt. Wir erwarten, dass Bund und Land hier Verantwortung übernehmen und für eine verlässliche Finanzierung sorgen, statt die Last auf die kommunale Ebene abzuwälzen.

### ***Wir GRÜNE wollen:***

- Die hausärztliche und pflegerische Versorgung im ländlichen Raum langfristig sichern, u. a. durch mobile Dienste, Telemedizin und Förderprogramme für Praxisgründungen.
- Hebammenversorgung und Geburtshilfe stärken, damit Schwangere nicht auf lange Wege angewiesen sind.
- Die Entwicklung der Hinterland-Klinik begleiten – insbesondere mit Blick auf Strukturen, Kostenentwicklung und Versorgungsqualität.
- Eine engere Zusammenarbeit zwischen kleinen Kliniken, Fachärzt\*innen und der Uniklinik Marburg fördern, um regionale Netzwerke statt Doppelstrukturen aufzubauen.
- Die Gesundheitsprävention im Landkreis ausbauen, von Bewegungsangeboten über Ernährung bis hin zu Angeboten zur psychischen Gesundheit.

## Pflege und Unterstützung im Alter

Immer mehr Menschen im Landkreis sind auf Pflege angewiesen – ob zu Hause, in Tagespflege oder stationären Einrichtungen. Die Verantwortung tragen dabei oft die Angehörigen, die unter großer Belastung stehen. Gleichzeitig kämpfen Pflegekräfte mit schwierigen Arbeitsbedingungen, während Kurzzeit- und Tagespflegeplätze vielerorts

fehlen. Eine verlässliche Pflegeversorgung ist deshalb eine zentrale soziale Aufgabe, die der Landkreis aktiv gestalten muss.

Als Träger der Pflegeplanung hat der Landkreis die Aufgabe, Angebote zu koordinieren, Lücken zu erkennen und dafür zu sorgen, dass pflegerische Unterstützung wohnortnah verfügbar bleibt. Dazu gehört die enge Zusammenarbeit mit Wohlfahrtsverbänden, freien und privaten Trägern, ambulanten Diensten und Nachbarschaftsinitiativen. Unser Ziel ist es, pflegebedürftigen Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen und ihre Angehörigen wirksam zu entlasten.

### ***Wir GRÜNE wollen:***

- Die Pflegeplanung des Landkreises so ausrichten, dass ausreichend ambulante, stationäre sowie Kurzzeit- und Tagespflegeplätze im ländlichen Raum verfügbar sind.
- Pflegende Angehörige durch Beratung, Schulungsangebote und Entlastungsdienste besser unterstützen.
- Pflegestützpunkte und Beratungsstellen im Landkreis stärken und digital zugänglich machen.
- Die Arbeitsbedingungen in der Pflege verbessern, indem wir regionale Trägerinitiativen fördern, Vernetzung unterstützen und den Zugang zu Fortbildung erleichtern.
- Neue Wohnformen wie Mehrgenerationenhäuser und gemeinschaftliche Pflegeprojekte in Kooperation mit Kommunen und Trägern ausbauen.

### **Bezahlbarer Wohnraum**

Wohnen darf kein Luxus sein. Doch auch im Landkreis Marburg-Biedenkopf steigen die Mieten spürbar. Die Wohnungssuche – und auch das Halten der bereits gemieteten Wohnung – wird für viele Menschen zur Belastung. Hohe Mietkosten und steigende Nebenkosten setzen große Teile der Gesellschaft zunehmend unter Druck. Insbesondere Studierende, Auszubildende, Familien mit geringem Einkommen oder Alleinerziehende haben immer weniger die Möglichkeit, finanzierbaren Wohnraum zu finden.

Der Landkreis muss hier aktiv gegensteuern – durch eigene Initiativen und gezielte Unterstützung vor Ort. Bezahlbarer, barrierefreier und klimagerechter Wohnraum muss zur kommunalen Daseinsvorsorge gehören.

Wir setzen uns deshalb für gemeinwohlorientierten Wohnungsbau ein, der dauerhaft bezahlbar bleibt, sozialen Zusammenhalt stärkt und neue Wohnformen ermöglicht.

### ***Wir GRÜNE wollen:***

- Aufbau einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft, die sozialen und bezahlbaren Wohnraum schafft, auch für Studierende, Azubis und einkommensschwache Haushalte.
- Aktive Unterstützung beim Ausbau von Studierendenwohnheimen in Zusammenarbeit mit Hochschulen und sozialen Trägern, auch in den gut mit dem ÖPNV angebundenen Ortschaften des Landkreises.
- Entwicklung gemeinwohlorientierter Wohnkonzepte, wie Mehrgenerationenhäuser, inklusive Wohngemeinschaften und genossenschaftliche Projekte, insbesondere im ländlichen Raum.



## 4. KLIMASCHUTZ IST MENSCHENSCHUTZ!

Die Klimakrise ist die größte gesellschaftliche und politische Herausforderung unserer Zeit, denn mittlerweile zeigt sich der Kohlendioxidanstieg aufgrund des jahrhundertelangen Verbrauchs fossiler Energieträger weltweit in vielfältiger Weise – vor allem mit zunehmenden Extremwetterereignissen. Nachhaltige Antworten auf den Klimawandel zu finden, ist für den Erhalt der Lebensgrundlagen jetziger und künftiger Generationen eine zwingende Notwendigkeit.

Die Folgen des Klimawandels sind schon jetzt verheerend: Hitze, Dürremonate und Extremwetterereignisse nehmen zu. Schreckliche Katastrophen wie die Flut im Ahrtal oder die Waldbrände in Südeuropa haben viele Menschen ihr Leben gekostet und große Zerstörung angerichtet. Den Preis für unzureichenden Klimaschutz zahlen wir schon jetzt auch hier vor Ort: Die Brände im Burgwald und im Lahntal oder die Hochwasserschäden in Münchhausen infolge von Starkregen sind nur einige Beispiele. Dabei gehören Klimaschutz und Geschlechtergerechtigkeit zusammen, denn weltweit treffen die Auswirkungen des Klimawandels Frauen besonders hart – vor allem im globalen Süden.

Damit ergibt sich für uns auch eine kommunalpolitische Verantwortung, bei den Kommunen und im Landkreis Klimaanpassungsmaßnahmen vorzunehmen. Der Landkreis arbeitet dazu gemeinsam mit 14 Kommunen an einem Klimaanpassungskonzept (KLAK), das konkrete Maßnahmen gegen die Folgen des Klimawandels entwickelt – etwa zur Entsiegelung, Begrünung, Hitzeschutz und Wasserrückhaltung. Ziel ist es, Risiken zu verringern und die Widerstandsfähigkeit der Region zu stärken. Wir GRÜNE wollen, dass die erarbeiteten Maßnahmen konsequent umgesetzt und regelmäßig fortgeschrieben werden. Klimaanpassung muss Teil aller Planungs- und Investitionsentscheidungen werden – im Landkreis wie in den Kommunen.

Der Landkreis Marburg-Biedenkopf ist außerdem Mitglied im Bündnis „Hessen aktiv: Die Klima-Kommunen“ und damit Teil eines landesweiten Netzwerks, das Klimaschutz und Klimaanpassung auf kommunaler Ebene stärkt. Ziel des Bündnisses ist es, den Energieverbrauch zu senken, Treibhausgasemissionen zu reduzieren und sich frühzeitig auf die Folgen des Klimawandels vorzubereiten. Der Landkreis und seine Kommunen übernehmen damit Verantwortung – lokal, vernetzt und praxisorientiert. Doch diese Arbeit braucht stabile Rahmenbedingungen. Die Klima-Kommunen sind auf verlässliche Förderprogramme und klare politische Unterstützung angewiesen. Wir erwarten von der Landesregierung aus CDU und SPD, dass sie die Förderkulisse stärkt, statt abbaut und die Kommunen bei ihren Klimaschutzmaßnahmen langfristig absichert. Klimaschutz darf in Hessen nicht zur Nebensache werden.

Darüber hinaus muss auch der natürliche Hochwasserschutz weiter verbessert werden, z. B. durch die Schaffung weiterer Retentionsräume, die mehr Wasser aufnehmen und die Fließgeschwindigkeit verlangsamen. Wir brauchen nicht nur Schwammstädte, sondern auch im ländlichen Bereich Schwammlandschaften mit renaturierten Bächen und Flüssen, die im Bedarfsfall mehr Wasser zurückhalten können. Sie sind zudem wertvolle Lebensräume für viele Pflanzen und Tiere.

## Katastrophenschutz ausbauen: den Helfenden helfen

Wir verfügen in unserem Landkreis über einen leistungsstarken Katastrophenschutz, der überwiegend von Ehrenamtlichen getragen wird. Damit sind mehr als 90 % der Einsatzkräfte in diesem Bereich – den Freiwilligen Feuerwehren, dem THW (Technisches Hilfswerk) und anderen Hilfsorganisationen der Blaulichtfamilie – ehrenamtlich tätig. Der Katastrophenschutz braucht mehr Personal – und die Menschen, die ihn tragen, eine gute Ausstattung, um Hilfe leisten zu können. Sie verdienen unsere Wertschätzung für ihren Einsatz.

### ***Wir GRÜNE wollen:***

- **Förderung des Ehrenamts:** Wir brauchen ein Förderkonzept für alle Organisationen, das Barrieren für den Zugang ins Ehrenamt abbaut, neue Ehrenamtliche motiviert und Anerkennung ausdrückt. Dies erreichen wir durch:
  - gute und einheitliche Regelungen zur Freistellung für Ausbildungen, Übungen und Einsätze im Rahmen des Zivil- und Katastrophenschutzes,
  - Feststellung der tatsächlichen Helfer\*innenverfügbarkeit durch Abfrage aller Helfer\*innen in allen Organisationen zu: Doppelmitgliedschaften in Einsatzorganisationen, Verpflichtungen in sicherheitsrelevanten Berufen bzw. bei KRITIS (kritischen Infrastrukturen) -Arbeitgeber\*innen und Bindung durch Care-Arbeit im familiären Umfeld
  - Anerkennung von Qualifikationen für Beruf, Ausbildung und Studium,
  - regelmäßige Durchführung organisationsübergreifender Großübungen und Stabsrahmenübungen mit realistischen Einsatzszenarien, auch zur Feststellung der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der Organisationen,
  - Ausdruck der Anerkennung durch Ehrenamtskarten, die Einsatzkräften automatisch zur Verfügung gestellt werden,
  - Förderung der Nachwuchsarbeit durch Einbinden der Hilfsorganisationen in Aktionen der Schulen und der Kinder- und Jugendpflege,
  - Schaffung von Betreuungs- und Unterbringungsangeboten für Angehörige

von Einsatzkräften in Katastrophenlagen, um die Einsatzbereitschaft der Helfer\*innen zu erhöhen,

- Senkung der Schwelle für die ehrenamtliche Hilfe in Katastrophenlagen durch Förderung der Arbeit ungebundener Helfer\*innen bzw. Spontanhelfer\*innen, z. B. durch Nutzung und Pflege entsprechender Online-Plattformen wie die „Mithelfer“-Funktion der KatRetter-App, des Projektes „Mobile Helfer“ des BBK (Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe) und regelmäßige Informationen an interessierte Bürger\*innen durch Öffentlichkeitsarbeit.
- **Verbesserung der Technik und Ausstattung:** In den vergangenen Jahren wurden durch den Bund Investitionen in den Zivilschutz angestoßen. Diese müssen weitergeführt und um Beschaffungen für den Katastrophenschutz ergänzt werden. Dies umfasst unter anderem
  - weitere Beschaffung des notwendigen Materials für Einsätze bei Starkwetterereignissen, insbesondere geländegängiger Einsatzfahrzeuge, Boote und Hochleistungspumpen sowie Fahrzeuge und Ausrüstung für Waldbrände, hier insbesondere für die Löschwasserversorgung,
  - Vorhalten von ausreichend Material im Katastrophenschutz-Zentrallager des Landkreises für die Unterbringung und Betreuung von aus Katastrophengebieten geflüchteten Personen in Notunterkünften, auch zur Unterstützung der Kommunen bei Einrichtung und Betrieb zusätzlicher Betreuungsstellen,
  - Unterstützung für die Härtung der Standorte der Hilfsorganisationen, unter anderem für langanhaltende Stromausfälle, durch entsprechende technische Maßnahmen zur Sicherstellung der Energie- und Wasserversorgung und Informations- und Kommunikationstechnik.
- **Förderung der Resilienz der Bevölkerung für Krisen- und Katastrophenlagen:** Resiliente Bürger\*innen, die Krisen und Katastrophen in den ersten Stunden und Tagen soweit möglich eigenverantwortlich bewältigen können, entlasten die Einsatzkräfte und stärken den sozialen Zusammenhalt. Dazu wollen wir:
  - Motivation und Unterstützung der Menschen im Landkreis zur privaten Krisenvorsorge nach Maßgabe des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) sowie der „Konzeption Zivile Verteidigung“ des Bundesinnenministeriums in der jeweils aktuellen Fassung durch regelmäßige Kommunikation zu diesem Thema über alle verfügbaren Kanäle,

- Unterstützung der Hilfsorganisationen beim Anbieten und der Durchführung von Schulungen zu Krisenvorsorge und Selbstschutz, insbesondere zur Ersten Hilfe, zum sicheren Aufenthalt in Gefahrenlagen durch chemische, biologische, radiologische oder nukleare Stoffe (CBRN-Lagen), zur Vorratshaltung und Selbstversorgung, zur baulichen Sicherheit und zur Brandbekämpfung,
- Anbieten von Bildungsangeboten und Aktionen zu Krisenvorsorge und Selbstschutz, zur Ersten Hilfe, zum sicheren Aufenthalt in Gefahrenlagen, zum Verhalten in CBRN-Lagen, zur Vorratshaltung und Selbstversorgung, zur baulichen Sicherheit und zur Brandbekämpfung in den Schulen, der Kinder- und Jugendpflege und der Volkshochschule,
- Aufbau eines Netzwerkes von Katastrophenschutz-Leuchttürmen (Kat-L) in allen Orten des Landkreises nach Empfehlungen des BBK und des hessischen Innenministeriums (2023) im Zusammenwirken von öffentlicher Gefahrenabwehr und Zivilgesellschaft wie z. B. Vereinen, Verbänden und freiwilligen Helfer\*innen, um Anlauf-, Melde- und Informationsorte für Bürger\*innen zu schaffen.

## Bevölkerungsschutz durch Klimaanpassungsmaßnahmen

Wir müssen unsere Siedlungsgebiete und Infrastrukturen vor Extremwettern schützen und uns anpassen. Das Risiko von Überflutungen durch Starkregenereignisse reduzieren wir, indem wir Bächen und Flüssen wieder mehr Raum geben. Dafür wollen wir mehr Flächen entsiegeln und mehr Regenwasserpuffer schaffen.

Was Extremwetterereignisse immer wieder verdeutlichen: Es braucht einen Plan und entschlossenes politisches Handeln, um der Klimakrise zu begegnen. Die durch die Klimakrise entstehenden Schäden sind um ein Vielfaches teurer, als jetzt Klimaschutz zu betreiben. Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist die entscheidende Grundlage für erfolgreichen Klimaschutz und eine wettbewerbsfähige Wirtschaft. Halten wir jetzt Kurs beim Ausbau der erneuerbaren Energien, werden die Strompreise bis ca. 2030 um bis zu 25 % sinken und gleichzeitig der CO<sub>2</sub>-Ausstoß um bis zu 55 % verringert.

### ***Wir GRÜNE wollen:***

- **Mehr Investitionen in Hochwasserschutz:** Wo Siedlungen direkt ans Wasser heranreichen, brauchen wir zusätzliche Investitionen in technischen Hochwasserschutz, wie Deiche und Rückhaltebecken. Weitere Versiegelung muss minimiert und in der Regionalplanung den Erfordernissen eines nachhaltigen Hochwasserschutzes angepasst werden. Dies kann auch den Verzicht weiterer Bebauung zugunsten natürlicher Überflutungsbereiche beinhalten.

- **Förderung der natürlichen Wasserspeicherung:** Wir verstärken die Wasserspeicherung durch die Renaturierung von Mooren und durch Versickerungsmulden. Diese schützen gleichzeitig vor Hochwasser und Dürre.
- **Schaffung von mehr Grün im Stadt- und Dorfbild:** Mit Fassadenbegrünung, Dachbegrünung, Urban Gardening, Flächenentsiegelungen, Straßenbäumen, der Renaturierung von Bächen und Flüssen, der Begrünung von Rad- und Fußwegen. Das reinigt die Luft, kühlt die Städte bei Hitze und hält das Wasser zurück.

## Energiewende vor Ort

Die Energiewende entscheidet darüber, ob wir Klimaschutz ernst nehmen oder weiter auf fossile Abhängigkeiten setzen. Während CDU und SPD auf Bundes- und Landesebene mit ihrer Energiepolitik erneut alte fossile Strukturen fördern und damit Planungssicherheit, Investitionen und Akzeptanz gefährden, zeigen viele Kommunen und Bürger\*innen längst, wie es besser geht.

Auch in unserem Landkreis hat die Energiewende vor Ort begonnen. Mit dem Klimaschutzkonzept und dem Masterplan Klimaschutz wurden ehrgeizige Ziele formuliert: Der Ausstoß von Treibhausgasen soll bis 2050 um 95 % gegenüber 1990 gesenkt und die Energieversorgung – inklusive Mobilität – vollständig aus erneuerbaren Quellen gedeckt werden, für Strom und Wärme bereits bis 2040.

Bioenergiedörfer wie Oberrospe, Nahwärmenetze in Bürger\*innenhand wie in Schönstadt oder Photovoltaik- und Windkraftanlagen lokaler Genossenschaften zeigen, was möglich ist, wenn Bürger\*innen, Landwirt\*innen, Kommunen und kleine Betriebe gemeinsam anpacken. Diese Projekte schaffen regionale Wertschöpfung, sichern Arbeitsplätze und machen Energieunabhängigkeit vor Ort erlebbar.

Doch seit einigen Jahren fehlt der politische Wille, diesen Weg entschlossen weiterzugehen. Statt Fortschritt erleben wir Stillstand: Ziele bleiben auf dem Papier, Konzepte in Schubladen. Wir GRÜNE wollen das ändern. Unser Ziel ist eine dezentrale, gemeinwohlorientierte Energiewende, von der alle profitieren: Mit starker Bürgerbeteiligung, klaren politischen Rahmenbedingungen und einer Politik, die Energieprojekte ermöglicht statt behindert.

## Erneuerbare Energie

Eine Energiewende weg von fossilen hin zu erneuerbaren Energieträgern ist vor dem Hintergrund der Klimakrise und den beschriebenen Herausforderungen ein Gebot der Vernunft. Für eine stabile Energieversorgung ist der Ausbau von Speichertechnologien ein unverzichtbarer Bestandteil der Energiewende.

### ***Wir GRÜNE wollen:***

- Den Ausbau einer dezentralen Energiewirtschaft, die Bürger\*innen beteiligt und sie profitieren lässt, gemeinsam mit regionalen Akteuren, die Energie regenerativ, umweltverträglich und regional produzieren und speichern.
- Eine Energiewirtschaft, die Menschen im Landkreis über moderne Netzstrukturen sicher und zu attraktiven Preisen versorgt.
- Unser Energiekonzept schafft Arbeit vor Ort, hält die Wertschöpfung in der Region und bindet die Menschen so ein, dass sie direkt sehen können, welchen Beitrag alle gemeinsam zu einer nachhaltigen Energieversorgung leisten können.
- Kreisliegenschaften energetisch sanieren: Der Landkreis soll bei eigenen Gebäuden vorangehen – durch energetische Sanierung, Photovoltaik und den Einsatz erneuerbarer Wärme.

## Energieeffizienz und Energiesparen

Für uns GRÜNE ist die Reihenfolge klar: Energie einsparen, den unvermeidlichen Anteil möglichst effizient nutzen und wo möglich klimaschonend und effizient erneuerbare Energien einsetzen. Die Kommunen haben mittlerweile in der Straßenbeleuchtung schon vielerorts auf die energieeffiziente LED-Technologie umgestellt. Doch vor allem in der energetischen Gebäudesanierung gibt es noch einen großen Nachholbedarf.

## Windkraft

Wir GRÜNE wollen einen dezentralen Energiemix aus erneuerbaren Energien. Windkraft muss im dezentralen Energiemix aufgrund ihrer Effizienz eine tragende Rolle übernehmen. Ohne Windenergie ist eine kohlenstoffarme Wirtschaft nicht zu realisieren. Eine dezentrale Erzeugung nahe den Regionen, wo der Strom verbraucht wird, ist zudem nötig, um unnötige verlustreiche und teure Überland- oder noch teurere Erdleitungen so weit wie möglich zu vermeiden.

Es gilt, die besten und verträglichsten Standorte mit der bestmöglichen Technologie zu nutzen; nur so kann die Zahl der Anlagen minimiert werden. Höhere moderne Anlagen

sind zudem deutlich verträglicher im Hinblick auf Schallimmissionen und Vogelschutz. Dabei ist es gerade bei der Windkraft wichtig, dass die Windparks möglichst von regionalen Investoren, kommunalen Versorgern und Bürgerenergiegenossenschaften gebaut werden: nur so bleibt der wirtschaftliche Ertrag aus dem Betrieb dort, wo er hingehört – nämlich bei den Menschen in der Region. Anwohner\*innen und Gemeinden wollen und sollen an den Erträgen neu gebauter Windkraftanlagen beteiligt werden.

## **Biomasse**

In Biomasse gespeicherte Energie hilft uns wie eine Batterie auch dann weiter, wenn die Sonne gerade mal nicht genug für unseren Bedarf liefert. Als Brennstoff ist sie nicht nur um Heizen geeignet, sondern kann auch im Hochtemperaturbereich Prozessenergie ersetzen.

Das macht Biomasse zu einer besonders wertvollen Energiequelle. Insbesondere bieten Reststoffe, wie Kuh- und Pferdemist, Straßenbegleitgrün und Heckenschnitt, Abfall aus Sägewerken u.v.m. eine gute Brennstoffquelle, ohne dafür gesonderte Ackerflächen zu benötigen. Doch überall dort, wo Landwirt\*innen aufgrund von Milchüberproduktion die Zahl von Milchkühen reduzieren, gilt es, ihnen auch diese Erwerbsquelle in einer verträglichen Form zu ermöglichen. Dabei muss oberstes Ziel sein, Wärme und Strom optimal zu nutzen.

## **Wald**

Auch wenn der Landkreis keine eigenen Waldflächen besitzt, müssen wir bei allen politischen Maßnahmen darauf achten, unsere Wälder nach ökologischen Kriterien zu bewirtschaften. Denn nur so werden sie gegen die durch die Klimakrise zunehmenden Stürme und den Schädlingsbefall gewappnet, um ihre Funktion für Klima und Wasserhaushalt zu erfüllen, den Boden zu schützen oder der Vielfalt von Tieren und Pflanzen einen Lebensraum zu bieten. Dabei ist neben dem möglichen Erhalt heimischer Baumarten, auch die notwendige „Umstrukturierung“ der Bewaldung nachhaltig auszurichten.

## **Wasserstofftechnologie**

Wasserstoff ist ein wertvoller Grundstoff für chemische Prozesse, als Energieträger für energieintensive Unternehmen und für den Großtransport. Sofern die Wasserstofftechnologie ausschließlich durch regenerativ und möglichst regional erzeugte Energie erfolgt, dient sie den Klimaschutzzielen. Doch zur Realität gehört auch, für lange Zeit wird es in der Breite keinen Wasserstoffüberschuss für Mobilität und

Heizungen im privaten Haushalt geben. Für diese gibt es auch heute schon effizientere Alternativen wie z. B. Wärmepumpen und batterieelektrische Fahrzeuge.

Der Landkreis, die Stadt Marburg und die Universität Marburg sind im Rahmen des sog. „HyStarter-Projekts“ Modellregion. Es sollen mögliche Anwendungsfelder der Wasserstofftechnologie identifiziert und Innovationen für die Region geschaffen werden. Die hier gesammelten Erfahrungen sollen als Multiplikatoreffekt in andere Regionen getragen werden. Für uns GRÜNE ist dabei entscheidend, dass konkrete Ergebnisse für Anwendungen in der Region erreicht werden. Die hochschulpolitische Landschaft in unserer ländlichen Region wird hier mit anderen Anforderungen in der Infrastruktur konfrontiert sein als Ballungszentren. Diesen Prozess werden wir konstruktiv begleiten, um Möglichkeiten für Akteur\*innen vor Ort zu schaffen.

## **Wasser**

Wasser ist die Grundlage allen Lebens. Wasser ist unser Lebensmittel Nr. 1 und ein riesiger Lebensraum für Tiere und Pflanzen. Wir GRÜNE setzen uns für den Schutz der Wasserökosysteme und der Wasserkreisläufe ein und wollen, dass die Gewässergüte weiter verbessert wird und die Grundwasserpegel wieder ansteigen. Die Wasserversorgung in Deutschland erfolgt flächendeckend in hoher Trinkwasserqualität. Nur sehr selten kommt es zu Versorgungsausfällen. Damit dies so bleibt, wollen wir, dass die Wasserversorgung auch in Zukunft Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge bleibt, und lehnen eine Privatisierung grundsätzlich ab.

Auch die Entsorgung von Abwasser ist gut geregelt – aber es besteht weiterhin Verbesserungsbedarf. Einige Regelungen stellen Städte und Gemeinden seit Jahren vor große Herausforderungen. Das ist zum einen die Prüfung der Hauptkanäle und der Hausanschlüsse, zum anderen aber auch die Anforderung, dass Regenwasser ortsnahe zu versickern oder/und zurückzuhalten ist. Außenwasser soll möglichst nicht in das Abwassernetz gelangen um die Hochwasserproblematik innerhalb der Ortslagen nicht verschärfen. Darüber hinaus muss weiterhin darauf geachtet werden, dass unsere Kläranlagen dem Stand der Technik entsprechen und auch neu auftretende problematische Stoffeinträge nicht in die Vorfluter gelangen. Außerdem ist verstärkt die Nutzung der Abwasserabwärme (auch schon im Kanal) zu prüfen bzw. bei Planungen mit zu berücksichtigen.

Mit Wasser muss sorgsam und sparsam umgegangen werden. Zur Schonung der Trinkwasservorräte soll die Verwendung von Brauchwasser gefördert werden und einer ortsnahen Versorgung muss wieder der Vorrang eingeräumt werden. Zudem muss es vor Schadstoffeinträgen aus Landwirtschaft, Industrie, Verkehr und Konsumprodukten



geschützt werden. Unser Grund-, Trink- und Oberflächenwasser ist gefährdet – sowohl in Menge als auch Qualität. Als die Partei für Nachhaltigkeit werden wir notwendige politische Wasserschutzmaßnahmen verstärken, um die Grundwasserabsenkungen wieder rückgängig zu machen, Trinkwasserschutz wieder ernst zu nehmen und die Fließgewässer zu schützen. Zu nennen sind hier: Oberflächenversiegelung reduzieren und Versickerungsmöglichkeiten erweitern, Trinkwassereinsparpotenziale ausweiten und Brauchwassernutzung verstärken, Flussbegradigungen und Drainagen zurücknehmen sowie ein vernetztes Überwachungssystem von Pegelständen und Gewässergüte herbeiführen.

Der Klimawandel wird die derzeitigen Probleme bei Wasserversorgung, Wasserverteilung und Hochwasser in Zukunft noch verschärfen. Das wird auch zu neuen Problemen führen. Es wird in Folge des Klimawandels in Deutschland in Zukunft häufiger mit Starkregenereignissen gerechnet; dadurch steigt die Hochwassergefahr. Der natürliche Hochwasserschutz muss deshalb weiter verbessert werden, z. B. durch die Schaffung weiterer Retentionsräume, die mehr Wasser aufnehmen und die Fließgeschwindigkeit verlangsamen. Außerdem sind sie wertvolle Lebensräume für viele Pflanzen und Tiere.

#### ***Wir GRÜNE wollen:***

- Das Wasser als Grundlage allen Lebens für künftige Generationen bewahren und die Gewässergüte weiter verbessern.
- Maßnahmen zum Klimaschutz und Klimaanpassungsmaßnahmen jetzt angehen.
- Dafür sorgen, dass die Grundwasserpegel wieder ansteigen.
- Die Verwendung von Brauchwasser fördern.
- Den natürlichen Hochwasserschutz verbessern.

## **Boden**

Der Boden ist neben Luft und Wasser unentbehrlich für unser Leben. Er erfüllt zahlreiche Funktionen, die für uns Menschen und den Erhalt der Ökosysteme von grundlegender Bedeutung sind. Auch hinsichtlich der Auswirkungen des Klimawandels in der Stadt sind die Böden von zentraler Bedeutung, da sie z. B. Temperatur regulierend wirken. Einmal entstandene Schäden können nur mit hohem Aufwand beseitigt werden. Böden und deren Funktionen müssen deshalb vor nachteiligen Einwirkungen geschützt werden und sparsam sowie schonend genutzt werden. Auf kommunaler Ebene gibt es vielfältige Möglichkeiten Böden zu schützen.

### ***Wir GRÜNE wollen:***

- Der Boden soll bei allen Planungen und Projekten der Kommunen (Bauleitplanung, Flächeninanspruchnahme durch Hoch- und Tiefbauten) als Schutzgut berücksichtigt werden.
- Überflüssige Versiegelungen des Bodens sollen vermieden oder zurückgebaut werden.
- Besonders schutzwürdige Böden im Landkreis sollen vor zerstörerischen Nutzungen geschützt werden.
- Der Landkreis steht in der Verantwortung, seine Freiflächen verstärkt so zu pflegen, dass die Böden nicht belastet werden.
- Hauptzielsetzung des kommunalen Bodenschutzes muss die Reduzierung des Flächenverbrauchs bzw. der Flächeninanspruchnahme sein, damit intakte Böden vor zerstörerischen Nutzungen geschont werden.

## **Luft**

Saubere Luft ist für die Erhaltung unserer Gesundheit unerlässlich. Wir GRÜNE werden uns auch zukünftig für eine Minderung der Schadstoffbelastung der Luft, insbesondere durch Feinstaub, einsetzen, denn Feinstaubbelastung kann zu Atemwegserkrankungen, Herz-Kreislauferkrankungen und Lungenkrebs führen. Deshalb ist es dringend erforderlich, die Feinstaubbelastungen dort zu reduzieren, wo sie entstehen. Konsequente Maßnahmen zur Minderung der Schadstoffbelastung sind daher dringend erforderlich.

### ***Wir GRÜNE wollen:***

- Die Umstellung des Fahrzeugparks des Landkreises auf Elektrofahrzeuge muss ambitionierter werden, um Dieselruß und CO<sub>2</sub>-Ausstoß zu vermeiden.
- Heizungen mit fossilen importierten Energieträgern in Schulen oder Verwaltungsgebäuden sind auf eine nachhaltige Wärmeerzeugung umzustellen. Gebäude in staatlicher Verantwortung müssen eine Vorreiterrolle gegenüber privaten Haushalten und Gewerbetreibenden haben und dürfen diesen nicht hinterherhinken.
- Zu einer Minderung der Schadstoffbelastung der Luft gehört auch eine umfassende Verkehrswende mit besseren Möglichkeiten für den Nah-, Fahrrad- und Fußverkehr.

## 5. VERKEHRSWENDE JETZT!

Die mit Abstand größten Defizite im Klimaschutz liegen bei Gebäuden und im Verkehrsbereich. Wir stehen dabei vor der Aufgabe Mobilität für alle zu gewährleisten, die Umwelt- und Klimaauswirkungen aber drastisch zu reduzieren. Das geht nur mit einer Verkehrswende. Hierfür müssen wir die klimaneutrale Mobilität stärken und für alle leicht nutzbar und komfortabel ausgestalten. Das Auto ist für viele Menschen auf dem Land notgedrungen immer noch das einzig mögliche oder funktionierende Fortbewegungsmittel. Wir setzen uns daher nachdrücklich für Ausbau und Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ein. Die Freiheit, nicht auf das Auto angewiesen sein zu müssen, ist für uns zentral.

Busse und Bahnen müssen dafür gerade auch im ländlichen Raum gut verfügbar, zuverlässig und komfortabel ausgestaltet werden. Dafür brauchen wir u.a. Modellprojekte, die neue Technologien erproben – wie kleinere (auch) autonom fahrende Fahrzeuge, aber z. B. auch eine Ergänzung der Linien durch bedarfsorientierte Angebote, die u. a. mit KI dafür sorgen, dass Fahrzeuge zur richtigen Zeit dort sind, wo sie wirklich benötigt werden. Das ersetzt viele Einzel- oder Leerfahrten und reduziert die Verkehrsmenge insgesamt.

Wir wollen den zur Verfügung stehenden Verkehrsraum in den Gemeinden und unseren Ortsteilen lebenswerter gestalten. Die Nutzung für Fußgänger\*innen und Radfahrende muss attraktiv und sicher werden, damit beides zu mit Freude genutzten Alternativen wird. Mit der Möglichkeit, sein Ziel auch ohne Auto zu erreichen, kann der motorisierte Individualverkehr dann auf das unvermeidliche Maß zurückgehen.

Eine Entlastung des Wegenetzes von zu viel Autoverkehr spart zudem viel Geld in der Wegeunterhaltung. Diese ist teuer und das merkt jede Gemeinde in der eigenen Kasse, wenn durch weniger Automobilverkehr mehr Geld für andere Projekte da ist.

Ein vollständiger Verzicht auf das Auto ist aber gerade im ländlichen Raum aufgrund fehlender Strukturen für ein Leben ohne Auto noch nicht vollständig möglich. Hier gehört die Zukunft der E-Mobilität. Um die E-Mobilität attraktiver zu machen, muss das Netz der zur Verfügung stehenden Lademöglichkeiten im ländlichen Raum deutlich verdichtet und auch preislich attraktiv ausgestaltet werden. Neben der Elektromobilität ist das Carsharing als umweltverträglichste Form der Autonutzung besonders im ländlichen Raum zu stärken. Attraktive Angebote müssen entsprechend ausgebaut und gefördert werden. Ein Vorbild hierfür können die ehrenamtlich organisierten Carsharing Angebote im Landkreis sein.

## Verkehrsberuhigung

Aus Gründen der Sicherheit, des Lärmschutzes, des Umweltschutzes und der allgemeinen Verkehrsberuhigung soll an allen Ortsdurchgangsstraßen in den Gemeinden des Landkreises die Geschwindigkeit auf Tempo 30 reduziert werden. Die Straßenverkehrsbehörde des Landkreises soll den sich aus der jüngsten Novellierung der Straßenverkehrsordnung ergebenden Spielraum im Sinne der Bürger\*innen ausschöpfen. An Spielplätzen, Kindergärten, Schulen, Seniorenunterkünften und bei Straßenschäden kann Tempo 30 auch an klassifizierten Straßen wie Kreis-, Landes- und Bundesstraßen angeordnet werden.

## Radverkehr

Für unsere Bürger\*innen muss es Spaß machen, auch im Alltag das Fahrrad anstelle des Autos zu nutzen. Der Landkreis hat zwar große Fortschritte gemacht, aber wir brauchen einen noch schnelleren Aufbau eines alltagstauglichen Radwegenetzes. Dieses Netz muss alle Ortschaften auf kurzen und sicheren Wegen sowie gut ausgeschildert miteinander verbinden. Die Oberflächen müssen sauber und ohne Löcher oder Pfützen sein. Ein ausreichender Abstand von neu gebauten Radwegen zur Straßenführung macht die Wege außerdem sicherer. Das ist vor allem außerhalb geschlossener Ortschaften von großer Bedeutung.

Der Planungsprozess im Radwegebau muss deutlich beschleunigt werden. Es kann nicht sein, dass für die Planung eines Radweges bis zur Fertigstellung zehn Jahre vergehen. Dabei muss ebenfalls eingeplant werden, dass mehr Radverkehr auch breitere Wege braucht und die Beschleunigung des Radverkehrs durch E-Bikes neue Ansprüche an z. B. die Kurvenradien und Ausweichmöglichkeiten stellt.

Zur besseren Orientierung für ortsfremde Radler\*innen und zur Förderung des touristischen Rad-Verkehrs schlagen wir den Aufbau eines Knotenpunktsystems nach niederländischem Vorbild vor. An Knotenpunkten zu Bussen und Bahnen brauchen wir sichere und freundliche Abstellanlagen, die auch im Dunkeln nicht zu Angst räumen werden und in denen auch E-Bikes sicher aufgehoben sind. Das Gleiche gilt für Schulen und andere Orte mit starkem Pendlerverkehr. Der Landkreis muss auch Unternehmen bei der Planung entsprechender Anlagen aktiv unterstützen.

### **Wir GRÜNE wollen:**

- Radwege sollen eine echte Alternative zum Auto sein – sicher, direkt, gut befahrbar und klar ausgeschildert. Dafür braucht es ein flächendeckendes Netz, das alle Orte im Landkreis verbindet, auch über längere Strecken und unabhängig vom Wetter.
- Der Radwegebau muss schneller vorankommen. Statt jahrelanger Verzögerungen braucht es klare Prioritäten, effiziente Abläufe und moderne Standards – z. B. breitere Wege und sichere Führung für E-Bikes und Lastenräder.
- Wir setzen uns für schnelle Verbindungen zwischen Wohnorten, Betrieben und Bildungseinrichtungen ein. Dazu gehören auch sichere Abstellanlagen an Bahnhöfen und Schulen sowie eine bessere Orientierung für Freizeitradler\*innen, z. B. durch ein modernes Wegweisungssystem/Knotenpunktsystem.

### **Öffentlicher Personen-Nahverkehr (ÖPNV)**

Der Landkreis ist für die Organisation und die Bestellung des straßengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs zuständig. Um die Klimaschutzziele zu erreichen ist ein attraktives Busangebot im ländlichen Raum essenziell. In unserer Nachbarschaft, dem Nordhessischen Verkehrsverbund NVV, gibt es bereits stündlich verkehrende Busse in der Fläche. Das streben wir auch im Landkreis Marburg-Biedenkopf an. Nur ein verlässliches Angebot im Stundentakt mit aufeinander abgestimmten Fahrplänen ist attraktiv und schafft die nötigen Anreize, das Auto stehen zu lassen und den Bus zu nehmen. Eine Fahrt mit dem Zug oder dem Bus in die Innenstädte der Mittel- und Oberzentren macht lästigen Parksuchverkehr überflüssig und spart Kosten.

Die Busfahrpläne müssen dabei auf die Fahrpläne der Bahnen so abgestimmt werden, dass schlanke Umsteigeverbindungen entstehen. Solch ein „integrierter Taktfahrplan“ (ITF) schafft Planungssicherheit, und für die Fahrgäste attraktive und komfortable Reiseketten. Wir müssen unser Augenmerk auf viel besser getaktete und vernetzte Verbindungsangebote legen.

In nachfrageschwachen Zeiten wollen wir die bedarfsabhängigen Angebote wie Anruf-Sammel-Taxi und Ruf-Bus weiter ausbauen. Die On-Demand-Verkehre sollen auch kurzfristiger bestellt werden können, idealerweise per App. Im Einsatz durch KI unterstützt und durch autonome Systeme ergänzt.

Wir GRÜNE setzen uns für einen ÖPNV ein, der es allen Menschen, insbesondere in der Fläche, ermöglicht, Kinderbetreuung, Arbeit und weitere Anforderungen des täglichen Lebens mit dem Bus oder der Bahn planungssicher und zuverlässig unter einen Hut zu bringen.

## Barrierefreiheit

Das Personenbeförderungsgesetz fordert schon seit langem den barrierefreien Ausbau der Bushaltestellen. Haltestellen, an denen mehrere Linien aufeinandertreffen, sollen mit „Dynamischen Fahrgastinformationen“ (DFI) ausgestattet werden, damit alle Fahrgäste auch wissen, wann und wohin der nächste Bus fährt. Auch Gelegenheitsnutzer und ortsfremde Fahrgäste des ÖPNV müssen sich leicht zurechtfinden können. Das gesamte Informationssystem muss deshalb auf den Prüfstand gestellt und optimiert werden, damit es aktuelle und transparente Informationen bietet.

Im ländlichen Raum fehlen vielerorts noch grundlegende Haltestellen mit Wetterschutz und Sitzmöglichkeiten. Die Haltestellenmöblierung muss dringend einer Renovierung unterzogen werden. Unser Ziel ist es, zunächst überall eine verlässliche Grundausrüstung zu schaffen – sicher, barrierefrei und gut beleuchtet. Wo diese Basis vorhanden ist, sollen Haltestellen schrittweise modernisiert werden: mit besser lesbaren Fahrplänen, Fahrradabstellmöglichkeiten und wo machbar, mit Begrünung oder Photovoltaik.

## Tarife

Das Tarifgefüge im ÖPNV ist im Laufe der Jahre zu komplex und unübersichtlich geworden. Die sich daraus ergebenden Zugangsbarrieren müssen überwunden werden. Landesticket, Schülerticket, Semesterticket, Jobticket, Seniorenticket und nicht zuletzt das Deutschlandticket gehen in die richtige Richtung.

Dennoch gibt es eine große Gruppe von ÖPNV-Nutzer\*innen, die diese Vergünstigungen nicht in Anspruch nehmen können und den vollen Fahrpreis entrichten müssen. Beispielsweise Eltern, die ihre Kinder regelmäßig in den Kindergarten und/oder zur Schule bringen müssen, zahlen den vollen Preis. Auch wenn zu pflegende Angehörige regelmäßig besucht werden müssen, wird der volle Fahrpreis fällig. Wir fordern deshalb kleinräumigere Monats-Flatrate-Ticketangebote wie ein Landkreis-Ticket oder ein Marburg-Ticket. Wünschenswert wäre auch ein Monats-Hessenticket. Derartige Ticketangebote müssten deutlich unter dem Preis des Deutschlandtickets liegen.

## Reaktivierung der Salzbödebahn

Die Stilllegung der Aar-Salzbödebahn war, wie mittlerweile alle Expert\*innen und verantwortlichen Politiker\*innen feststellen, ein Fehler. Die zwischen Marburg und Bad Endbach-Schlierbach verkehrende Buslinie MR 383 ist die am stärksten nachgefragte Buslinie im ganzen Kreisgebiet. Sie wird täglich von über 3000 Fahrgästen genutzt. Die Salzbödebahn würde einen Einzugsbereich von ca. 33 000 Einwohnern erschließen.

Die Fahrzeiten Richtung Marburg - Kassel sowie Gießen - Frankfurt könnten halbiert werden. Die seit einem Jahr vorliegende Machbarkeitsstudie weist ein positives Ergebnis auf, d.h. die Strecke ist nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz förderfähig. Es müssen jetzt die nächsten Planungsschritte eingeleitet werden, damit die Reaktivierung umgesetzt werden kann und das Verfahren vorankommt. Hier ist der Landkreis am Zug.

## **Reaktivierung der Ohmtalbahn**

Die Machbarkeitsstudie zur Reaktivierung der Ohmtalbahn ist in Arbeit. Die Strecke ist zwischen Kirchhain und Homberg (Ohm) in einem guten Zustand und wird regelmäßig vom Güterverkehr genutzt. Die ehemaligen Bahnstationen Amöneburg, Rüdigheim, Schweinsberg, Nieder-Ofleiden und Homberg (Ohm) müssen neu aufgebaut werden. Die 7km lange Strecke von Homberg (Ohm) nach Burg- und Niedergemünden ist bis auf ein paar kleine Reste abgebaut. Die Reaktivierung der Ohmtalbahn von Kirchhain nach Burg- und Nieder-Gemünden steht im Zusammenhang mit dem Ausbau der Vogelsbergbahn. Die Strecke von Fulda über Alsfeld nach Gießen soll für den Deutschlandtakt ertüchtigt werden.

Die Ohmtalbahn hätte den Charme, eine attraktive und schnelle Verbindung von Marburg nach Osthessen zu schaffen. In Fulda bieten sich gute Umsteigeverbindungen nach Erfurt, Leipzig, Dresden, Berlin und darüber hinaus an.

## **Regio-Tram**

Zur Verbesserung des ÖPNV-Angebotes schlagen wir als Rückgrat des öffentlichen Nahverkehrs im Raum Mittelhessen den Aufbau einer Regio-Tram nach dem Vorbild eines Tram-Train-Systems vor. Die großen Arbeitgeber auf den Lahnbergen, in der Marburger Innenstadt, in der Marbach und am Görzhäuser Hof müssen mit öffentlichen Verkehrsmitteln besser, komfortabler und vor allem schneller erreicht werden können.

# 6. FINANZEN – ZUKUNFT BRAUCHT INVESTITIONEN

## Finanzielle Grundlagen für nachhaltige Investitionen

Wir haben mit unseren Stimmen auf Bundesebene ermöglicht, dass mit dem Sondervermögen ein finanzieller Rahmen für Investitionen in Infrastruktur und Klimaneutralität geschaffen wurde. Damit wurden wichtige Voraussetzungen für dringend notwendige Maßnahmen gelegt. Nun sind CDU und SPD in der Verantwortung, diese Mittel gezielt und wirkungsvoll in unseren Kommunen ankommen zu lassen und vor Ort umzusetzen. Die Landkreise und Kommunen tragen einen Großteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wir fordern deshalb, dass mindestens 80 % des Sondervermögens, das die Länder erhalten, unbürokratisch und gerecht vom Land Hessen an die Landkreise und Kommunen weitergegeben wird. Die bereitgestellten Gelder bieten eine historische Chance, unsere Infrastruktur zu modernisieren und klimafreundlich auszurichten – mit dem Ziel, die Lebensqualität in unserer Region nachhaltig zu verbessern. Entscheidend ist dabei, dass die Förderung genau dort ankommt, wo sie am dringendsten gebraucht wird: in den Schulen, im öffentlichen Nahverkehr, bei der Energieversorgung und beim Ausbau der digitalen Infrastruktur.

Gerade angesichts der aktuellen Herausforderungen ist es wichtiger denn je, Nachhaltigkeit und Klimaschutz auf allen gesellschaftlichen Ebenen voranzutreiben – vom Bund über das Land bis hin zur Kommune. Denn die Zeit drängt, und gleichzeitig erschweren zunehmende antidemokratische Kräfte den Fortschritt in diesen zukunftsweisenden Themen.

## Kommunale Handlungsfähigkeit stärken

Klar ist: eine verantwortungsvolle und verlässliche Finanzpolitik bildet die Grundlage für die Handlungsfähigkeit unserer Kommunen. Nur mit soliden Finanzen können wir gezielt in Bildung, Daseinsvorsorge, Infrastruktur, Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit investieren. Dabei ist es uns ein besonderes Anliegen, die Kommunen spürbar zu entlasten, damit gerade im sozialen Bereich keine Kürzungen vorgenommen werden müssen.

Um das zu gewährleisten, wollen wir die Umsetzung vor Ort aktiv begleiten und unterstützen. Dabei setzen wir uns für den Abbau bürokratischer Hürden ein, damit Fördermittel schnell und transparent fließen und die Kommunen ihre Zukunft selbstbestimmt gestalten können.



### ***Wir GRÜNE wollen:***

- Sanierung, energetische Modernisierung und digitale Ausstattung von Schulgebäuden für beste Bildungsbedingungen.
- Ausbau, Elektrifizierung und Förderung klimafreundlicher Verkehrsmittel im öffentlichen Nahverkehr.
- Förderung des Umstiegs auf erneuerbare Energien und Steigerung der Energieeffizienz in kommunalen Einrichtungen.
- Umsetzung und Unterstützung von Maßnahmen im Hochwasserschutz, der Renaturierung von Flussläufen und einer nachhaltigen Wasserversorgung im Landkreis.
- Modernisierung von Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und sozialen Einrichtungen zur Stärkung der Daseinsvorsorge.
- Ausbau von Breitband, Smart-City-Projekten und digitalen Verwaltungsangeboten zur Verbesserung der digitalen Infrastruktur.

## 7. GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT

Gleichstellung ist im Grundgesetz fest verankert und zugleich Auftrag für alle politischen Ebenen. Für uns GRÜNE ist Geschlechtergerechtigkeit ein zentrales Anliegen, das weit über eine formale Gleichstellung hinausgeht. Wir haben als erste Partei eine verbindliche 50 %-Quote eingeführt und setzen uns konsequent dafür ein, bestehende Ungleichheiten in allen gesellschaftlichen Bereichen abzubauen. Dabei betrachten wir Geschlechtergerechtigkeit nicht nur aus binärer Perspektive, sondern beziehen die Anliegen von inter-, trans- und nicht-binären Menschen ausdrücklich mit ein.

### **Gleichstellung braucht starke Strukturen – überall im Landkreis**

Unserem Landkreis kommt hierbei eine Schlüsselrolle zu. Während größere Städte oft über eigene Strukturen zur Gleichstellung verfügen, fehlt es kleineren Kommunen häufig an Ressourcen. Wir wollen deshalb aktiv unterstützen, indem wir Projekte fördern, Beratungsangebote ausbauen und den Austausch zwischen Städten und Gemeinden stärken. So schaffen wir Rahmenbedingungen, die Gleichstellung in allen Lebensbereichen sichtbar und wirksam machen.

### **EU-Charta für die Gleichstellung**

Ein besonderer Meilenstein war die Unterzeichnung der EU-Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern durch den Landkreis Marburg-Biedenkopf im Jahr 2018 – ein bundesweit einmaliger Schritt, der auf Initiative der GRÜNEN im Kreistag erfolgte. Damit haben wir ein starkes Signal gesetzt, dass Gleichstellungspolitik nicht abstrakt bleiben darf, sondern vor Ort beginnen muss. Diese Selbstverpflichtung wollen wir mit konkreten Maßnahmen weiter nachkommen.

Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der alle Menschen unabhängig von Geschlecht oder Geschlechtsidentität gleiche Chancen haben und frei von Diskriminierung leben können. Geschlechtergerechtigkeit ist für uns nicht nur ein rechtlicher Anspruch, sondern eine Grundbedingung für Demokratie, Vielfalt und ein gerechtes Zusammenleben im Landkreis.

#### ***Wir GRÜNE wollen:***

- Der Gleichstellungs-Aktionsplan des Landkreises soll weiterentwickelt und um verbindliche Ziele, konkrete Zeitpläne sowie regelmäßige Evaluation ergänzt werden. Dabei sollen die EU-Gleichstellungscharta und die Istanbul-Konvention konsequent einbezogen werden.

- Gewaltprävention braucht eine verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung. Freie Träger sollen langfristig abgesichert werden – durch auskömmliche Mittel, zweijährige Leistungsvereinbarungen und eine realistische Bedarfsanalyse unter Berücksichtigung der Dunkelziffer.
- Die Zuständigkeiten für Gleichstellungspolitik sollen klarer gebündelt werden. Dafür sollen Mittel aus dem Sozialbereich in die Stabsstelle Kommunales Frauenbüro überführt und die Koordination unter einem Dach gestärkt werden.
- Frauen- und Mädchenräume sowie queere Treffpunkte im Landkreis sollen aufgebaut, gesichert und finanziell unterstützt werden – auch in kleineren Kommunen und im ländlichen Raum.
- Durch die Einführung von Gender Budgeting soll der Kreishaushalt systematisch an Gleichstellungszielen ausgerichtet und die Mittelverwendung transparent gemacht werden.
- Jugendhilfeangebote sollen verpflichtend Gender- und Diversity-Aspekte berücksichtigen. Zusätzlich braucht es feste Ansprechpersonen für queere Jugendliche in Jugendamt und Kreisverwaltung.
- Verwaltungsmitarbeitende sollen regelmäßig zu Antidiskriminierung und Gleichstellung geschult werden. Für Führungskräfte und Mitarbeitende mit Publikumsverkehr sollen solche Fortbildungen verpflichtend sein.

## **Queeres Leben im Landkreis**

Queeres Leben ist ein selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft und des Landkreises Marburg-Biedenkopf und gehört zum Alltag in Schulen, Familien und Vereinen. Doch oft fehlt es an Sichtbarkeit, Aufklärung und sicheren Ansprechpersonen für queere Jugendliche, Lehrkräfte oder Eltern. Wir GRÜNE wollen Vielfalt im Landkreis sichtbar machen und stärken. Wir wollen als Landkreis dazu beitragen, queeren Jugendlichen Sicherheit und Orientierung zu geben und dafür Safe Spaces zum Austausch queerer Jugendlicher und queerer junger Menschen untereinander schaffen.

### ***Wir GRÜNE wollen:***

- Den Auf- und Ausbau einer queeren Fachberatung als dauerhafte Anlaufstelle im Landkreis. Ziel ist ein niedrigschwelliges, mobiles und fachlich kompetentes Angebot, das Ansprechpersonen vor Ort für queere Jugendliche und ihre Familien sowie für Lehrkräfte und Schulsozialarbeit bietet, Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte, Verwaltung und Jugendhilfe ermöglicht, Workshops und Projektstage an Schulen durchführt und aktiv zu Akzeptanz und Antidiskriminierung beiträgt.

Dabei soll die Fachberatung eng mit bestehenden Strukturen wie der Jugendhilfe, Schulsozialarbeit, dem kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbüro des Landkreises und dem Staatlichen Schulamt kooperieren. Ziel ist es, Diskriminierung präventiv zu begegnen, Resilienz zu fördern und queeren Jugendlichen sichere Räume und Perspektiven zu bieten.

- Förderung queerer Begegnungsorte und Safe-Spaces für queere Jugendliche und queere junge Menschen.
- Förderung und Erhalt anderer Beratungsstellen und queeren Einrichtungen im Landkreis.

## 8. AGRARWENDE, LANDWIRTSCHAFT UND TIERSCHUTZ

### Nachhaltige Landwirtschaft und regionale Wertschöpfung stärken

Die Landwirtschaft in unserem Landkreis steht unter massivem Druck. Viele Betriebe kämpfen mit steigenden Kosten, schwankenden Marktpreisen und wachsender Bürokratie. Hinzu kommen die Folgen der Klimakrise: längere Trockenperioden, Extremwetter und zunehmende Schäden durch Erosion oder Wassermangel. Immer mehr Höfe sehen sich dadurch in ihrer Existenz bedroht. Gleichzeitig erwarten Gesellschaft und Verbraucher\*innen eine nachhaltige Produktion, mehr Tierschutz und regionale Lebensmittel.

Die großen Weichen für die Landwirtschaft werden auf europäischer und bundespolitischer Ebene gestellt – über die Agrarpolitik, Förderprogramme oder gesetzliche Standards. Doch auch auf kommunaler Ebene können wir den Wandel aktiv unterstützen. Wir setzen uns auf allen politischen Ebenen für faire Rahmenbedingungen, verlässliche Förderung und eine Landwirtschaft ein, die Klima und Umwelt schützt, Tiere artgerecht hält und regionale Wertschöpfung stärkt.

Wir GRÜNE wollen, dass Bäuer\*innen in unserem Landkreis eine Zukunft haben. Dafür braucht es Planungssicherheit, Investitionen in Klimaanpassung und eine klare Abgrenzung gegenüber industrieller Massentierhaltung. Tierschutz bleibt für uns unverzichtbar: Tiere brauchen Platz, Auslauf und artgerechte Haltung – nicht enge Ställe und Billigproduktion. Zum Tierschutz zählt aber auch der Schutz der Wildtiere und Insekten durch einen verminderten Einsatz von Pestiziden, der Schaffung von Blühstreifen und Renaturierung von Flächen. Darüber hinaus sehen wir die Chance einer Ernährungswende: Mehr pflanzliche Alternativen sowie regionale, ökologisch produzierte Lebensmittel sind gut für Klima, Tiere und die Gesundheit der Menschen. Der Landkreis kann hier selbst mit gutem Beispiel vorangehen – etwa in Schulen, Kitas und kreiseigenen Einrichtungen.

#### ***Wir GRÜNE wollen:***

- Die ökologische Landwirtschaft im Landkreis stärken und den Anteil an Bio-Betrieben weiter erhöhen.
- Landwirt\*innen bei Klimaanpassung unterstützen – etwa durch Förderung klimaresilienter Anbauformen, Humusaufbau, Wasserrückhalt und naturnahe Bewirtschaftung.

- Regionale Vermarktung ausbauen, z. B. über Wochenmärkte, Direktvermarktung, Genossenschaften und regionale Wertschöpfungsketten.
- Flächen für die Landwirtschaft sichern und weitere Flächenversiegelung im Landkreis konsequent begrenzen.
- In kreiseigenen Einrichtungen auf Produkte aus regionaler und umweltgerechter Landwirtschaft setzen und dabei vegetarische und vegane Angebote deutlich ausbauen.

## **Tierheim & kommunaler Tierschutz**

Das Tierheim in Marburg-Cappel platzt seit Jahren aus allen Nähten. Die Gebäude sind sanierungsbedürftig, Platzmangel und Brandschutzprobleme verschärfen die Lage zusätzlich. Ein Neubau ist überfällig – doch bislang bleibt es beim Planen. Tiere und Mitarbeitende müssen unter unhaltbaren Zuständen arbeiten.

Nach geltendem Recht sind Städte und Gemeinden als Fundbehörden verpflichtet, aufgefundene Haustiere anzunehmen und für eine angemessene Unterbringung zu sorgen oder diese zu veranlassen. Diese Verantwortung wird jedoch vielerorts nur unzureichend wahrgenommen. Im Landkreis Marburg-Biedenkopf decken die kommunalen Beiträge laut Tierheimverein nur etwa die Hälfte der tatsächlichen Kosten. Der Betrieb des Tierheims hängt damit maßgeblich vom Engagement Ehrenamtlicher und der Spendenbereitschaft der Bürger\*innen ab – eine Situation, die der Bedeutung dieser Aufgabe nicht gerecht wird. Der öffentliche Tierschutz darf nicht auf Kosten von Idealismus und Gutmütigkeit funktionieren.

Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass der Neubau des Tierheims endlich vorangebracht und ausreichend ausgestattet wird – auch mit Blick auf die Versorgung verletzter oder hilfsbedürftiger Wildtiere, für die es bislang keine klaren Strukturen gibt. Gleichzeitig fordern wir, dass Städte und Gemeinden ihrer Verantwortung zur Fundtierbetreuung gerecht werden und stabile, auskömmliche Finanzierungsvereinbarungen mit dem Trägerverein schließen.

Darüber hinaus wollen wir den Tierschutz im Landkreis breiter verankern. Dazu gehört auch eine Katzenschutzverordnung in allen Kommunen mit klaren Regeln zu Kastration, Kennzeichnung und Registrierung, um das Leid freilebender Katzen zu verringern und das Tierheim zu entlasten. Und es braucht einen gesellschaftlichen Mentalitätswandel: Tiere sind Mitgeschöpfe, keine Wegwerfware.

### ***Wir GRÜNE wollen:***

- Den Neubau des Tierheims Cappel aktiv unterstützen und darauf hinwirken, dass dabei auch Strukturen für die Versorgung verletzter und hilfsbedürftiger Wildtiere mitgedacht werden.
- Die Kommunen stärker in die Pflicht nehmen und eine verlässliche Finanzierung zwischen Landkreis, Kommunen und Trägerverein schaffen.
- Das ehrenamtliche Engagement und die Spendenbereitschaft, auf denen der Betrieb bislang ruht, gezielt unterstützen und entlasten.
- Die Einführung einer Katzenschutzverordnung in allen Kommunen des Landkreises anstoßen – mit klaren Regeln zu Kastration, Kennzeichnung und Registrierung, um unkontrollierte Vermehrung zu verhindern.



# GEMEINSAM GEHT'S.

*BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN MARBURG-BIEDENKOPF*